Alhambra 2000

zeitung und programm september

lieber dreckig als schmierig

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 2488660
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Kein Fußbreit den FaschistInnen, Also-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni,Café Quox, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, T.O.O., Wagenburg, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Schön,
daß mal jemand das Vorwort liest...

Das letzte Vorwort hat wohl für Diskussionen gesorgt, und von den kritischen Kommentaren wurde sogar ein Kurzer an die Redaktion geschickt und hat uns somit nicht nur übers hörensagen erreicht: Gut so, wir freuen uns immer über Post.
Um nun einiges klarzustellen: Wir wünschen uns nicht, daß Menschen sterben, auch nicht wenn sie stinkreich sind und zehntausend Mark ausgeben, um 6 Stunden früher in New York zu sein. Auch sehen wir den Absturz von Flugzeugen nicht als Konzept, um die Welt zu verbessern. Wir hätten diesen zynischen Kommentar auch nicht geschrieben, wenn uns dieses „Lady-Diana-like"-Geweine der Medien so auf den Nerv gegangen wäre: 100 Leute steigen freiwillig in ein Flugzeug, von dem ja alle wissen, daß sie hin und wieder abstürzen; und wenn sie dann runterfallen, heulen alle tagelang, als ob den Opfern jetzt eine große Ungerechtigkeit widerfahren wäre.
Warum? Weil sie deutsch sind? Oder weil sie reich sind?
(Fast)Niemand trauert um die zehntausenden Menschen, die an jedem Tag sterben gelassen werden, obwohl deren Tod mit viel einfacheren Mitteln hätte verhindert werden können, als mit neuen Sicherheitskonzepten für Überschalltriebwerken.
Eins sei nun noch gesagt: Die Opfer des faschistischen Terrors sind nicht gleichzusetzen mit abstürzenden Yuppies!

So weit ersteinmal,
wir hoffen, daß unsere neueste Ausgabe gefällt und wir mal häufiger Post (oder andere Aufmerksamkeiten) bekommen

Eure Redax

Inhalt...

Antifa Aktuell 3
Der Widerstand lebt 8
Demo in Gorleben
Widerstand gegen IWF und Weltbank 10
Abschiebung von Akubuo verhindern 13
Ab in den türkischen Folterkeller 16
Der Fall Hasan Sevimli
Theaterstück „Kein Asyl" 17
„Die Gesetze gegen Fremde müssen weg" 18
Interview mit Osaren Igbinoba
Licht aus, Kopf an 20
zum „neuen Antirassismus"
Unsere Zukunft sieht anders aus! 22
Frauen gegen Bevölkerungspolitik
Schulden der Vergangenheit 24
ZwangsarbeiterInnen in Oldenburg
Antirassistisches Grenzcamp 26
Debatte zu Sexismus und Rassismus
Spendenaufruf: Herz OP für Ilhan 31

Antifa Aktuell

Ein Projekt der Antifaschistischen Aktion Oldenburg

Schwelm
Nazi hat Pech gehabt

Am 9. Juli überfiel eine vermummte und bewaffnete Gruppe Fascho-Skins eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die KZ-Opfer von Wuppertal-Beyenburg. Mehrere Menschen wurden durch Baseballschläger und Schlagringe zum Teil schwer verletzt. Doch durch antifaschistische Gegenwehr und einen größeren Bulleneinsatz konnten 8 beteiligte Nazis ermittelt werden. Unter ihnen auch der NPD-Ratsherr Thorsten Crämer aus Schwelm (NRW). Der sitzt jetzt wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch in U-Haft.

BRD
05.08.2000 Naziaufmärsche und Gegenwehr

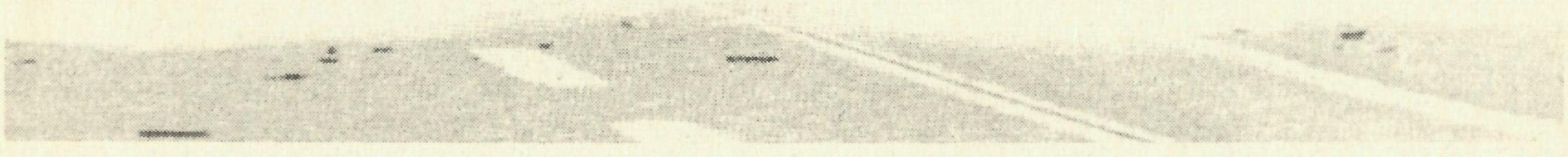
Am 05.08.2000 war einiges Los. Die Faschos marschierten in Tostedt (liegt zwischen Bremen und Hamburg) auf. Rund 250 Naziglatzen, die nur unter starken Auflagen (keine Springer Stiefel, keine Uniformen,...) maschieren durften, wurden von einem Großaufgebot der Bullen abgeschirmt. Die Cops hatten die Lage unter Kontrolle, so daß auch etwa 100 spontan angereiste Antifas den Aufamrsch zwar bewerfen, aber nicht verhindern konnten. Am Abend konnten die Faschos dann auch auf ein von Bullen geschütztes Blood & Honour Konzert in Hamburg gehen.
In Bad Berka (Weimarer Land) wurde ein Faschoaufmarsch verboten worden, die Bullen verhafteten ca. 100 Nazis, die trotzdem angereist waren. Auch in bayrischen Freilassing hatten die Naziglatzen gegen die Staatsmacht keine Chance. Ebenso erging es ca. 100 Nazis, die sich im sächsischem Lößnitz treffen wollten.
Etwa 2000 Leute waren auf einer großen Antifa Demo in Düsseldorf, die durch die Innenstadt zum Ort des Bombenanschlages, durch den mehren Menschen, zum Teil jüdischen Glaubens, schwer verletzt wurden, führte.

Emmerich
Antifaschistische Selbstorganisation against Nazipack

Im Nordrhein Westfälischem Emmerich haben sich offenbar etwa 60, überwiegend kurdische Jugendliche selbst organisiert. Laut hilfloser örtlicher Polizei wurden in den Städtchen wiederholt Nazi-Skins und andere Faschos massiv angegriffen und vertrieben. Tief betroffen teilte der Polizeisprecher mit, daß einige Naziglatzen sogar "regelrecht durch die Stadt gejagt" wurden.
Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe und zeigt den Nazis, was es heißt, gejagt zu werden!

BRD
Telefonieren against Nazipack

In den letzten Wochen sind aus den meisten Bullen und PolitikerInnen ganz tolle antifaschistische Menschen geworden. Deshalb gibt es jetzt ganz viele Telefonnummern, die uns gegen die Nazis helfen sollen. Die „Hotline gegen rechts" sitzt in Hamburg. Sie ist auf der Innenminister- und Senatorkonferenz der norddeutschen Küstenländer beschlossen worden. JedeR, derDie also Erkenntnisse über Rechte hat, sollte unbedingt die Bullen unter 040 428 67 67 67 anrufen. Die Berliner Cops sind ein paar Schritte weiter: Unter 030 691 11 83 kann man nicht nur Infos loswerden, sondern auch kriegen. Auch der BGS hat die Zeichen der Zeit erkannt: 01805 23 45 66 heißt die Nummer, die einen automatisch mit der nächstgelegenen BGS Wache verbindet, die bei „rechtsextremen Vorfällen" sofort „notwendige Maßnahmen" in die Wege leitet. In Hessen ist es die 0611 890 55 11. die haben sogar ein Fax (0611 890 55 12) und eine Email Adresse (HLKA-Hinweise-Rechts@t-online.de). In Hessen steht sogar „In dringenden Fällen" die Nummer „110" zur Verfügung. Für Bremen gibt's die 0421 362 38 87, für uns in Niedersachsen 0511 330 11 11.
In Oldenburg gibt es weiterhin nur das gänzlich bullenfrei betriebene Antifa Infotelefon 0441 25273. Ruft an!



Sebnitz/Sachsen
FDP hat Zeichen der Zeit erkannt

In der Seidenblumenstadt am Nationalpark Sächsische Schweiz hat sich die FDP dazu durchringen können, ihre Koalition mit den Naziparteien NPD und DSU aufzugeben. Und das mit Bedauern: FDP Politiker Jürgen Montag konnte sich nur schwer von NPD Mann Johannes Müller trennen, gab er doch so den Koalitionsstaus auf, der ihm zumindest begrenzt Einfluss versprach. Doch der Druck der Landes und Bundespartei war wohl zuviel für ihn. Der NDP macht das nicht viel aus, Klinikarzt Dr. Johannes Müller ist ein gern gesehener Gast im Rat. Der PDSler Reinhard Richter schätzt ihn als Menschen, zu dem er ein „ganz normales kameradschaftliches Verhältnis" habe. „Der Müller kennt sich in der Sache aus, macht manchmal gute Vorschläge!"
Auf einmal finden die jeweiligen Landesverbände das Verhalten „Skandalös" (PDS) und „Parteischädigend" (FDP). Der Umgang mit FaschistInnen wurde für die „etablierte" FDP aber erst zum Problem, als die NPD damit Werbung machte...

Neumünster 1
Nazi- Hochzeit vs. Nichtdeutsche AnwohnerInnen 0:1

Am 22.08.2000 wollten ca. 15. Neumünsteraner Naziglatzen eine Kameradenhochzeit feiern. Mit reichlich Bier und Nazi- musik wurde einige Zeit gefeiert, dann wurde es vielen, größtenteils türkischen, Jugendlichen aus Neumünster zuviel. Das Ende der Hochzeit war eine Massenschlägerei mit ca. 50 Beteiligten, bei der ein Nazi "krankenhausreif" (Bullen) geschlagen wurde. Die anderen Faschos kamen mit leichteren Blessuren davon. Die Cops nahmen einen "türkischen Jugendlichen" fest und lösten sicherheitshalber die Reste der Hochzeitsgesellschaft auf.

Nazis aus Neumünster beim Einkaufen in Dänemark beim Heß Marsch 1998: Club 88 Betreiberin Christiane Dolscheid (mitte), Mitbetreiber Tim Bartling (rechts mit „Club 88 - the very last resort" T-shirt) und Rene Rodriguez- Teufer (links)

Neumünster 2
Club 88 vs. Bullen + Stadt 0:2

Neumünster und kein Ende. In der kleinen Schleswig Holsteinischen Stadt mit dem überregionalen Nazitreffpunkt "Club 88" regt sich immer mehr Widerstand. Nach der erfolgreichen "Weg mit dem Club 88" Antifa Demo im Sommer mit mehr als 800 Menschen überlegt nun die Stadt, den Fascholaden dichtzumachen. Die Betreiber Christiane Dolscheid, Tim Bartling und Jan Steffen Holthusen haben mittlerweile massive Probleme mit Bullen, Antifas, Ordnungsbehörden und Galatasarai-Fans. Bis zum 04.09.2000 soll sich die Betreiberin Christiane Dolscheid nun zu diversen Vorwürfen äußern, ansonsten wird gedroht, ihr die Lizenz wegen "Unzuverlässigkeit" zu entziehen.
Dagegen wollen die Nazis am 02.09.2000 in Neumünster aufmarschieren. Zur Zeit klagt die Stadt noch für ein Verbot des Aufmarsches. Die Antifa-Gegenkundgebung beginnt um 10.30 Uhr auf dem Platz Kleinflecken

Haider
Italien Besuch und Papst Empfang

Der Österreichische Nazi und FPÖ Kader Jörg Haider war auf einem Kurztrip in Italien. U.a. in Venedig wurde er mit diversen Wurfgeschossen massiv empfangen. Nichtsdestotrotz machte ihn die kleine Gemeinde Jesolo zum Ehrenbürger. Im Gegensatz dazu wandte sich der Italienische Außenminister Lamberto Dini an die Österreichische Regierung und forderte sie auf, Haider in Zukunft an Reisen nach Italien zu hindern. Der Landeshauptmann von Kärnten kann sich auch auf einen Papst-Besuch freuen: Da Kärnten dieses Jahr den großen Weihnachtsbaum auf dem Petersplatz spendet, wird er am 16.12.2000 eine Audienz beim Papst kriegen. Wieder abgesagt hat der Nazi aber seinen Besuch auf der pleitegegangenen Weltausstellung EXPO in Hannover. Dort wollte er ursprünglich zum Beginn der „Kärnten-Woche" am 03.09.2000 auftauchen. Supi, dann können wir ja alle am 03.09.2000 nach Hamburg fahren, wo die Faschos des mittlerweile verbotenen „Hamburger Sturms" gegen die „Hamburger Morgenpost" aufmarschieren wollen (letzte Infos 0441 25273).

Forst
Grenzcamp 2000

In Forst war dieses Jahr das

Grenzcamp zuhause. Eine Woche lang voll mit linksradikalen Actions und Demos gegen den rassistischen Konsens. Trotz massiver Naziandrohungen, das Camp anzugreifen, und diverser Versuche der Forster Stadtverwaltung, das Camp zu verhindern, konnte es stattfinden. Neben Demos in Spremberg und Eisenhüttenstadt gab's eine Vielzahl von Aktionen. Zwei BGS-Wachen in der Umgebung wurden sachbeschädigt und die Nazis trauten sich nicht so recht aus ihren Löchern. Am Abschlusstag wurde das Camp dann von einem vermummten Cottbusser SonderEinsatzKommando (SEK), welches anderem mit Rufen wie „jetzt erschiessen wir Euch und Eure Hunde!" auf das Camp gerannt kamen, gerazzt. Die Bullen wollten einen Piratensender (das Campradio) beschlagnahmen. Die Cops nahmen zwar ein paar elektrisch aussehende Gegenstände mit, konnten die Sendeanlagen aber nicht finden.
Nächstes Jahr wird's wieder ein antirassistisches Grenzcamp geben!

Fulda
Game over für den „BFB"

Die „große Sammlungsbewegung" der deutschen Rechten ist am Ende. Der vom ehemaligen und jetzt-wieder FDP Politiker Manfred Brunner (momentan FDP Sachsen) gegründete „Bund freier Bürger (BFB)" hat sich am 13.08.2000 Aufgelöst. Auf einer Bundesdeligiertenkonferenz in Fulda wurde beschlossen wegen „der hohen Schulden" endgültig Schluss zu machen. Der ehemalige Vorsitzende Heiner Kappel (Ex-FDP-Landtagsmitglied, Hessen) meinte, der BFB wolle „den Weg für eine sinnvolle Bündnisarbeit" freimachen. Der BFB hatte nach eigenen Angaben 2000 Mitglieder. Er war total zerstritten und unfähig die deutsche Rechte oder sich selbst zu sammeln. Nach diversen Parteiüber- und austritten ist jetzt offiziell Schluss.

Der BFB forderte seine Ex-Mitglieder auf, sich in den anderen „großen Sammlungsbewegungen" der deutschen Rechten, die fast unbekannten Kleinstparteien „Deutsche Partei (DP)" und „Freiheitliche Partei Deutschlands (FPD)", zu organisieren.

Hamburg
Nazi Gruppe „Hamburger Sturm verboten

Die Hamburger Innenbehörde hat am 11.08.2000 die „militante Gruppierung Hamburger Sturm" aufgelöst. Bei vier Kadern der freien Kameradschaften (u.a. Christian Worch, Thorsten „Steiner" Wulff und Thorben Klebe (Foto)) wurden die Wohnungen durchsucht. Umfangreiches Beweismaterial wurde sichergestellt, darunter auch ein Konto mit knapp 300 DM und diverses Material zum diesjährigen Heß Event. Auch verboten sind alle Nachfolgeorganisation und das Fascho Fanzine „Hamburger Sturm". Nach Meinung der Hamburger Innenbehörde vertrat der „Hamburger Sturm" rassistische und ausländerfeindliche Inhalte" und sieht sich „in der Tradition des Nationalsozialismus".

Oldenburg
Nazi Skins stressen rum

Hier die Original-Presseerklärung der Antifaschistischen Aktion Oldenburg (AA/OL) vom 06.08.2000 (Taz und NWZ berichteten...):

Der Hamburger Sturm marschiert mal wieder in Hamburg. 4. von Links ist übrigens Thorben Klebe, einer der Cheforganisatoren, der inzwischen Verbotenen Nazikombo.

„Naziterror an der Hunte
Wie schon des öfteren in der Vergangenheit mussten wir auch diesen Freitag wieder feststellen, dass nicht nur im Osten Deutschlands der faschistische Mob aktiv ist. In den frühen Morgenstunden des 05.08.2000 kam es in Oldenburg zu mehreren Übergriffen von Nazis. Eine Gruppe von vier Naziskins besuchte eine Party in Bürgerfelde, pöbelte dort BesucherInnen an und schlugen eine Person zusammen. Nachdem sie die Party verlassen hatten, griffen sie eine weitere Person im Bereich Scheideweg an und verletzten auch diese. In Kreyenbrück traf sich eine Gruppe von ca. 10 Naziskins. Sie skandierten lauthals faschistische und rassistische Parolen. Später belästigte eine weitere Gruppe von fünf Nazis AnwohnerInnen in Kreyenbrück durch das Werfen von Flaschen auf PassantInnen und das Skandieren von Naziparolen. Diese

Vorkommnisse an einem „normalen" Freitagabend zeigen sehr deutlich, dass das Problem mit den FaschistInnen in Oldenburg keineswegs so harmlos, unorganisert und im „Vergleich ... unterdurchschnittlich (NWZ 03.08.2000)" ist.

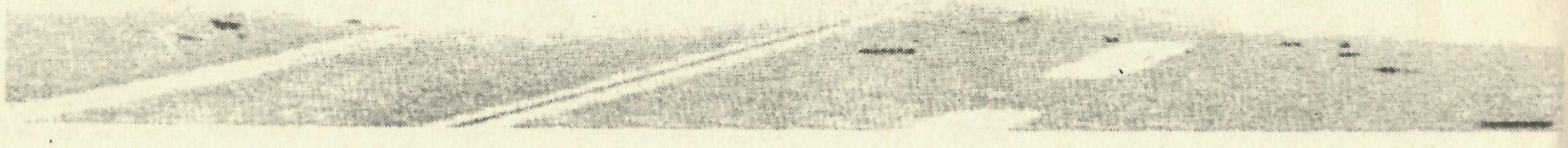
Wie werden diese Zustände nicht hinnehmen! Sowohl die Angriffe von Nazis in der Innenstadt auf MigrantInnen und „links" aussehende Menschen, als auch die Zusammenrottung von über 50 Nazis beim letzten Kramermarkt sprechen für sich. Es ist an der Zeit den Nazis zu zeigen, dass wir sie hier nicht dulden. Sollte es in Zukunft, also z.B. auf dem diesjährigem Kramermarkt zu Ansammlungen von Nazis kommen, werden wir, und hoffentlich mit uns noch viele andere, nicht tatenlos zusehen, wie sie ihr rassistisches und faschistisches Gedankengut offen ausleben. Den Nazis muss, wie wir im Januar mit einer Demonstration bereits deutlich gemacht haben, jeder öffentliche Raum genommen werden. In dieser Stadt ist kein Platz für Nazis, und das werden wir auch versuchen mit allen Mitteln durchzusetzen. Wir fordern alle OldenburgerInnen dazu auf, den Nazis auf der Strasse mit aller Deutlicheit zu zeigen, dass sie lieber schnell hier verschwinden sollen.

Kein Fußbreit den FaschistInnen!
Nazis angreifen!"

BRD
Massenhaft Bürger, Antifas und Parteien gegen Nazis

U.a. durch den momentanen „Wir sind alle gegen Rechts"-Hype bei Parteien, Gewerkschaften und Bürgern gab es letzen Monat diverse große Demos gegen Faschos. Teilweise ätzende Alibi-Veranstaltungen wie z.B. am 17.08.2000 auf der „Weltausstellung" der KapitalistInnen Expo, mit Kerzen und Birgit Breuel gegen „Fremdenfeindlichkeit" aber auch große linksradikale Demonstrationen z.B. in Düsseldorf mit über 2000 Menschen. In Zwickau waren's am 13.08.2000 rund 2000 Leute die gegen die Faschos auf die Strasse gingen. Der für den gleichen Tag geplante Naziaufmarsch war verboten worden. 1000 Menschen demonstrierten am 19.08.2000 in Rostock, auch hier war ein Hess-Marsch verboten worden. In Eisenach wehrten sich 350 gegen „rechte Gewalt", nachdem ein Bombenanschlag auf eine Dönerbude verübt worden war. Ein hoher JN Funktionär (und Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands - NPD) wurde unweit des Tatortes festgenommen. 1200 Menschen waren am 22.07.2000 in Ludwigshafen gegen die Faschos auf der Strasse gegangen. Aktueller Anlass war ein Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft am 16 Juli, ein Redebeitrag der rotgrünen Landesregierung wurde von AntifaschistInnen aus Protest gegen die Asylpolitik verhindert. Bereits am 29.07.2000 marschierte die Nazi Partei NPD in Stuttgart auf, um gegen den Christopher Street Day zu protestieren. Nur 150 Nazis waren gekommen. Zwar wurden die Faschos von diversen Bullen-Hundertschaften geschützt, einige Angriffe mit Flaschen, Steinen und Obst waren aber drin. Unter anderem musste der Nazi Lautsprecherwagen dran glauben. Beim CSD in Stuttgart waren 2000 Lesben, Schwule und Sympatisan-tInnen, 20.000 schauten begeistert zu. Es gab noch diverse weitere Demos und Actions gegen das Nazipack u.A. in München, Halle, Hamburg....

zusammen kämpfen
gegen den rassistischen Terror
Auf der Strasse und in den Behörden - gegen Sexismus und Antisemitismus
gegen Polizeistaat, Militarisierung und Krieg - gegen unsere Bosse und das Prinzip der Konkurrenz!
Hoch die Internationale Solidarität
Für Selbstbestimmung und Kollektivität



Frankfurt/M
IG Farben bleiben traditionell

Am 23.08.2000 fand in der Stadthalle Bergen- Enkheim die Jahreshauptversammlung der „IG Farben in Abwicklung" statt. Der „ehemalige" Nazikonzern, der massiv ZwangsarbeiterInnen beschäftigte und unter anderem Für die Produktion von „Zyklon B" verantwortlich ist, soll nun nach mehr als 50 Jahren aufgelöst werden. Auch diesmal haben es die AktionärInnen nicht geschafft. Deshalb gab's diverse Aktionen von ehemaligen ZwangsarbeiterInnern, Antifas und kritischen AktionärInnen in und vor der Halle. Die IG Farben i.A. ließ das alles ziemlich kalt, und sie kürzte kurzerhand ihre Mittel zur ZwangsarbeiterInnenentschädigung von 3.000.000 DM auf 500.000 DM. Das war derart dreist, das nicht nur Antifas wütend wurden, sondern auch diverse PolitikerInnen (wie z.B. Özdemir von den Grünen und sogar der Mega Biedermann und SPD „Innenexperte" Dieter Wiefelspütz). Also, nächstes Jahr alle nach Frankfurt und die IG Farben i.A. sofort Auflösen, wenn sie es nicht selbst tut!

BRD
Nazi Actions und Gegenwehr am

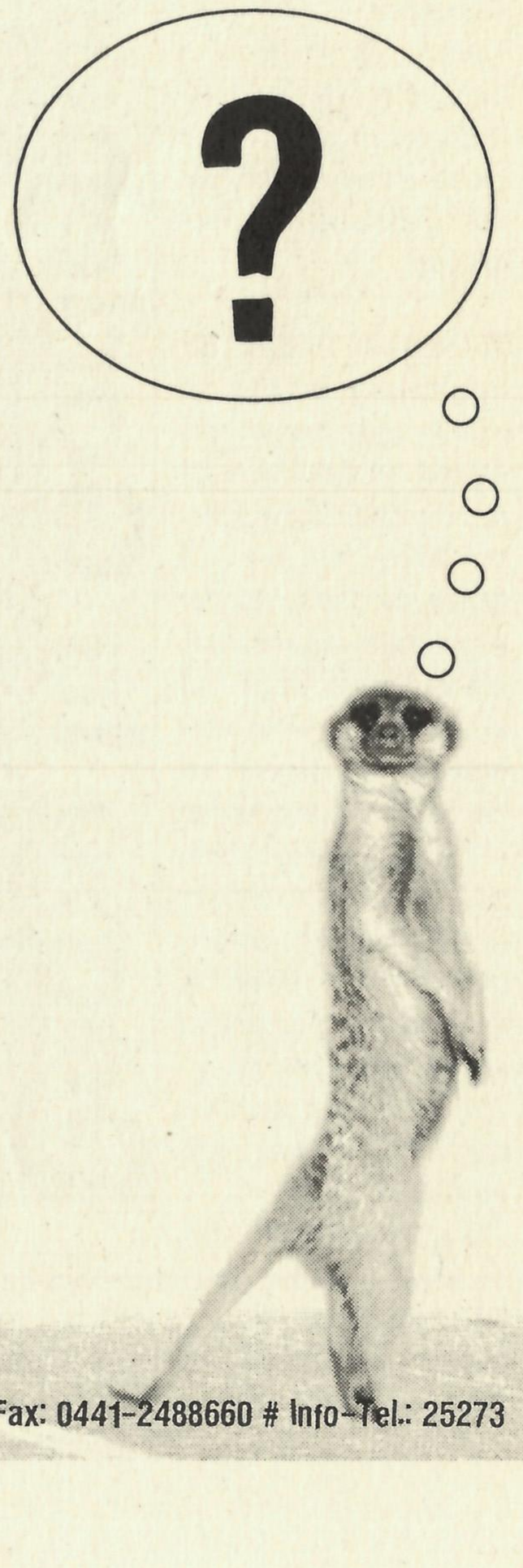
18 und 19.08.2000

Auch am Wochenende des 18/ 19..08.2000 haben Faschos Bullen und Antifas in Atem gehalten. Doch das diesjährige „Aktionswochenende" für den an Altersschwäche im Knast gestorbenen Hitler Stellvertreter Rudolf Heß war eine Niederlage für die Nazis. Selten haben sie noch weniger hingekriegt als dieses Jahr. Der einzige erlaubte Nazi-Aufmarsch am Wochenende war in Hamburg. Lächerliche 120 Faschoglatzen rund um den inzwischen verbotenen Hamburger Sturm protestierten ein wenig gegen die BILD Zeitung.

1000 GegendemonstrantInnen hatten gegen 2000 kampferprobte Hamburger Bullen keine Chance, aber immerhin konnten die Nazis nicht marschieren, sondern nur eine kleine Kundgebung abhalten. Am Tag vorher waren in Hamburg bereits 3000 Menschen gegen den Naziaufmarsch auf die Strasse gegangen. In Thüringen und Bayern sorgte ein Großaufgebot von Bullen dafür, dass es keine Nazi-Feiern und Konzerte für Rudolf Heß gab. Die Faschoaufmärsche in Rostock und Berlin waren verboten worden, in Rostock demonstrierten 1000 Menschen gegen Nazis, in Berlin waren 300 Leute zur britischen Botschaft unter dem Motto „Danke England" gekommen.
In Dortmund riefen am Samstag zwei Männer faschistische und rassistische Parolen. Nach einiger Zeit sahen sich zwei Zivi Cops zum Eingreifen genötigt. Die Faschos griffen die beiden Bullen massiv an. Der eine Fascho konnte erst durch einen Warnschuss gestoppt werden. Insgesamt wurden dort im Laufe der Nacht sieben „Rechtsextremisten" festgenommen.
In Eckerförde wurde ein Mann schwer verletzt, der versuchte, zwei MigrantInnen vor sechs Nazis zu schützen. Die Bullen stellten die Faschos ließen sie aber in der gleichen nacht noch wieder nach Hause gehen.
In Neumünster wurde mal wieder der Club 88 gerazzt. Von den Bullen mitgenommen wurden Fascho Musik CDs und Rudolf Heß Propaganda. Im Club hielten sich nur 22 Nazis im Alter von 18 bis 25 aus ganz Schleswig Holstein auf, so die Bullen.
Nur ein paar Meter weit schafften es ca. 40 Nazis im Schleswig Holsteinischen Bad Beramstedt (Kreis Segeberg). Sie wollten dem toten Altnazi und Hitlerstellvertreter Rudolf Heß gedenken. Alle wurden von den Bullen eingesackt, aber noch im laufe des Tages freigelassen.
Bei einem Anschlag auf ein AsylbewerberInnenheim in Eisenhüttenstadt wurden 7 Menschen durch eine Nebelbombe leicht verletzt.

Delmenhorst
Demo gegen Abschiebung

Am 19.August fand in Delmenhorst eine Demo für das Bleiberecht des 18-jährigen Kurden Hasan statt. Der Delmenhorster Schüler ist von der Abschiebung bedroht und deshalb Mitte August untergetaucht. Bei einer Abschiebung in die Türkei erwartet ihn als Kurden und Kriegsdienstverweigerer ein ungewisses Schicksal. Doch Folter gilt in dre BRD nicht als Asylgrund. Um den Fall in die Öffentlichkeit zu bringen und eine Abschiebung zu Verhindern haben sich die Antifaschistische Aktion Delmenhorst und MitschülerInnen, LehrerInnen und Freunde von Hasan zusammengetan. An der Kundgebung und der Anschließenden Demo nahmen etwa 50 Leute teil.



Der Widerstand lebt.

"Nach zähen Verhandlungen wurde am Donnerstag ein Konsens über den Atomausstieg erreicht", so lauteten vor Pfingsten die Nachrichten. Zwei faustdicke Lügen stecken in diesem kurzen Satz: statt einen Ausstieg einzuleiten, hat die rotgrüne Bundesregierung der Atomwirtschaft einen umfassenden Bestandsschutz für ihre Anlagen garantiert. Und mit Konsens hat das ganze nicht die Bohne zu tun.

"Konsens ist Nonsens" ...

... hat die Anti-AKW-Bewegung seit Beginn der Gespräche gesagt: entgegengesetzte Interessen lassen sich nicht vereinbaren; das Kalb und der Schlächter haben zwar im Beil einen Berührungspunkt, das bringt sie aber nicht zusammen. Wer davon überzeugt ist, daß eine Technologie Risiken birgt, die nicht zu verantworten sind, kann nicht einen Kuhhandel über Restlaufzeiten beginnen.

Vorgegaukelt wurde, die Regierung würde im Ringen mit der Atomwirtschaft das Interesse der Bevölkerung vertreten. Menschen, die sich gegen die Gefahren der Atomkraft wehren, waren in diesem "Spiel" nur als Zuschauerinnen vorgesehen. Als ginge es um ein Sportereignis, sollen wir nun akzeptieren, was im "gegenseitigen Kräftemessen" rausgekommen ist. Dabei tut die Regierung so, als sei sie Europameisterin im Stillegen, ohne auch nur das Viertelfinale erreicht zu haben.

Das Schlimme an dieser Lüge ist nicht, daß ein mieses Ergebnis schöngeredet wird. Obwohl nur die Interessen der Atomwirtschaft an ungestörtem Geldverdienen durchgesetzt wurden, verkaufen Grüne und Sozialdemokraten die Vereinbarung als "Konsens", als gemeinschaftliche Übereinkunft. Unser Interesse an einem Ende der Atomkraft, an einer Gesellschaft, die den Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt, kommt darin aber gar nicht vor.

Der Weiterbetrieb wird in Beton gegossen

Mit den ausgehandelten "Rest"-Strommengen muß kein Atomkraftwerk vorzeitig abgeschaltet werden. Die Atomstromer haben sich eine Gesamtlaufzeit von realistisch gerechnet über 35 Jahren erpokert. Damit wird ihnen ein Zeitraum zugestanden, der um einiges länger ist als die technische "Lebenserwartung" von AKWs. Ein definitives Ende der Anlagennutzung wird nicht festgeschrieben. Außerdem kann jede andere Regierung die Befristung der Laufzeiten zum Altpapier legen.

Obendrein sichert die Regierung zu, den ungestörten Betrieb der Anlagen zu gewährleisten. Verzichtet wird auf die intensive Weiterentwicklung neuer Sicherheitsmaßnahmen. Jeder Spielraum für die Atomaufsicht, wenigstens das höchste Maß an Betriebssicherheit zu erreichen, das möglich wäre, ist damit weg.

Daß Atommüll nicht zu "entsorgen" ist, wird auch in Zukunft den Betrieb der AKWs nicht beeinträchtigen. Im Gegenteil: was sich keine CDU-Regierung getraut hat, das hat die "Reform-Koalition" in zwei Jahren erledigt. Mit ihrem Müll waren die Betreiber in der Bredouille. Rot-Grün hat ihnen in dieser Hinsicht alle Sorgen genommen.

Der Berg an Atommüll wird sich in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln, ohne daß in irgendeiner Form geklärt ist, wohin damit. Verschleiert wird dieses wachsende Problem durch den Neubau von Atomanlagen. An jedem AKW entstehen "Zwischenlager" genannte Endlos-Lagerstätten. Hochbrisanter Stoff kommt in Wellblech, und zwar dezentral: das ist das neue an "Entsorgung" auf rotgrüne Art.

Bei der Plutoniumwirtschaft hingegen bleibt alles beim alten. Noch weitere fünf Jahre werden Brennelemente in die WAAs verschoben. Und auch danach wird aus dem gelieferten Atommüll Plutonium abgetrennt. Die vielen Tausend Tonnen Spaltmaterial, die bis dahin in La Hague und Sellafield lagern, werden dann noch etliche Jahre lang für volle Auslastung der WAA und die Verseuchung der Meere sorgen.

Um Atomtransporte aus den Plutoniumfabriken in England und Frankreich möglichst ungestört nach Gorleben durchzubringen, wird die Bevölkerung bei der "nationalen Verantwortung" gepackt. Quatsch! Uns geht es darum, globale Verantwortung wahrzunehmen und weltweit das Anwachsen der Atommüll- Gebirge aus Uranabbau und -verarbeitung zu stoppen.

Erst gar nicht erwähnt werden in der Vereinbarung mögliche Kapazitätsausweiterungen bei der Urananreicherung Gronau und der mit waffenfähigem Uran bestückte Reaktor in Garching; Betriebsgenehmigungen für die Pilotkonditionierungsanlage Gorleben und das Endlager Schacht Konrad bei Salzgit-

ter stehen ins Haus Obwohl längst klar ist, daß der Salzstock in Gorleben als Endlager nicht geeignet ist, wird ausdrücklich eine Eignungs-"Höffigkeit" festgestellt und der Weiterbau nur unterbrochen. Das vereinbarte Moratorium ist so kurz, daß über Alternativen gar nicht aussichtsreich nachgedacht werden kann. Die Zeit soll aber lang genug sein, die Salzrechte von Salinas, der Kirchengemeinden und des Grafen von Bernstorff aus dem Weg zu räumen. Unser Fazit: es handelt sich beim "Konsens" nicht um einen Ausstieg aus der Atomkraft. Der weitere Betrieb der AKWs wird vielmehr in Beton gegossen.

Mit uns nicht!
Demo am 23. September

Viele Menschen fühlen sich schlicht verarscht von der Atompolitik der Bundesregierung. Und selbst diejenigen, die sagen, mehr war in den Verhandlungen nicht drin, wissen genau, daß die jetzt beschlossene langjährige Aufrechterhaltung der Atomkraft-Risiken nicht verantwortbar ist.

Vielleicht sind wir viel zu lange leise gewesen. Längst ist es Zeit, uns wieder hörbar zu machen: es gibt uns noch. Auch wenn es gerade nicht danach aussieht: der Widerstand läßt sich nicht unterkriegen.

Unsere Sache müssen wir in die eigenen Hände nehmen! Einmal mehr hat uns das der "Konsens" vor Augen geführt.

Wir rufen auf zu einem Aktionstag "Ausstieg? - alles Lüge!" am 23. September in Gorleben.

Demonstrieren wir gemeinsam gegen die weitere Bedrohung durch die Atomkraft: für eine sofortige Stillegung aller Atomanlagen! Wir wollen ein deutliches Zeichen setzen, daß "das Spiel" noch lange nicht aus ist. Und das soll nur ein Anfang sein!

So, wie die Atommafia ihre Interessen zementiert hat, werden auch wir deutlich machen, daß unser Widerstand fest und dauerhaft ist. Für dumm verkaufen lassen wir uns nicht.

ErstunterzeichnerInnen:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg,
BI Kein Atommüll in Ahaus,
AtomkraftgegnerInnen Altmark und Anrainer,
Verein Regenbogen - Für eine neue Linke Hamburg,
Anti-Atom-Plenum Minden,
Anti- Atom-Plenum Hannover,
BI Castor Stoppen Paderborn (BICs),
BUND West- Prignitz,
Nöhlen v.Links-Fraktion,
Aktive aus Biblis und Umgebung,
anti- atom-Netzwerk Sachsen,
anti atom aktuell

Quelle: http://www.oneworldweb.de/castor/

Diskussionen im „3.Welt“ Informationszentrum & Laden

Der AK „Dritte Welt" hat seit August diesen Jahres ein offenes Diskussionsforum eingerichtet, das jeden 3. Mittwoch im Monat stattfindet. Dabei geht es um die Zusammenhänge des globalen Herrschaftsystems zwischen Nord und Süd. Es soll keine Fixierung auf den Metropolenkapitalismus Westeuropas, Nordamerikas und Japans bestehen, sondern der Focus wird auch auf die Peripherie gerichtet.

In diesem Zusammenhang wollen wir die Perspektiven linker Bewegungen diskutieren und uns auch mit den Fragen beschäftigen:

Was ist Internationalismus heute?

Mit wem solidarisieren wir uns?

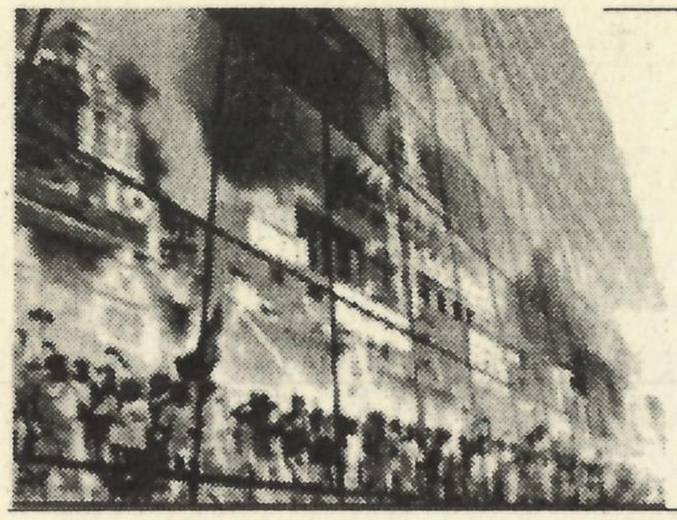
Wie sieht eine Solidarität jenseits von Projektionen auf revolutionäre Bewegungen in anderen Ländern aus?

Es wird eine lose, offene Veranstaltungsreihe, bei der jede Veranstaltung mit einem kurzen Eingangsreferat begonnen wird und anschließend Zeit für ausführliche Diskussion gegeben sein wird.

Die vorläufige Planung bis zum Ende des Jahres sieht wie folgt aus:

	Mi, 20. September, 20.00 Uhr: Mexiko - Perspektiven linker Politik
(zusätzlich)	**Mi, 04. Oktober, 20.00 Uhr: Nahostpolitik - Die Wasserproblematik**
(zusätzlich)	**Mi, 11. Oktober, 20.00 Uhr: Rückblickende Analysen zum Kosovo**
	Mi, 18. Oktober, 20.00 Uhr: Südliches Afrika
(zusätzlich)	**Mi, 01. November, 20.00 Uhr: Iran – aktuelle Entwicklungen**
	Mi, 15. November, 20.00 Uhr: Türkei
	Mi, 20. Dezember, 20.00 Uhr: Entwicklungstheorien

Veranstaltungsort: „3. Welt" Informationszentrum & Laden
Auguststraße 50, 26121 Ol, Tel./Fax: 0441/776777, e-mail: 3.welt-infozentrum-oldenburg@gmx.de



21. - 28. September

Gegen IWF und Weltbank

Aufruf zu den globalen Aktionstagen gegen IWF und Weltbank im September in Prag

Im Bewusstsein über die Tatsache, dass eine neue Form des Widerstandes gegen das Kapital gestalt annimmt, rufen wir europäische Menschen, Bewegungen und Organisationen auf, sich an der Kampagne gegen den IWF und Weltbankgipfel in Prag vom 21. bis 28 September zu beteiligen und den globalen Aktionstag am 26. September zu unterstützen.

Ungefähr 20000 VertreterInnen des Kapitals werden im September nach Prag kommen, um am 55. Jahresgipfel von IWF und Weltbank teilzunehmen. Dieses prestigereiche Ereignis wird das erste seiner Art in Zentral- und Osteuropa sein. Die delegierten werden sich treffen, um ein Schema weiterer Liberalisierung der Weltwirtschaft vorzuschlagen, indem sie neue Kredit Prioritäten und Strukturanpassungsbedingungen definieren. Der IWF behauptet, dass eine weitere Liberalisierung der Weltwirtschaft die einzige Lösung für die Probleme der Welt ist. Aber diese werden ganz im Gegenteil dadurch nur vertieft, sind sie doch in erster Linie durch das Kapital verursacht.

Daher ist dieser Gipfel eine Herausforderung für all jene, die sich um die Bestimmung er heutigen Welt sorgen. Der Einfluß von IWF und Weltbank hat seit über fünfzig Jahren die leben von Menschen zerstört. Mehr und mehr Menschen werden sich dessen bewusst. Die Geschehnisse in Seattle während des Treffens der Welthandelsorganisation (WTO) letzten November, und in Washington im April zeigen, dass eine sich riesige Welle des Widerstandes gegen die sich ausbreitende Macht des globalen Kapitals aufbaut. Der IWF/Weltbankgipfel in Prag wird unsere nächste große Gelegenheit sein um den Kampf für globale Gerechtigkeit und Gleichheit fortzusetzen.

Der IWF und die Weltbank werden lediglich von feindseligen wirtschaftlichen Interessen geleitet und unterstützen daher auch willentlich autoritäre und diktatorische Regimes.

Im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme bestimmen IWF und Weltbank strenge Bedingungen zur Kreditvergabe an die Entwicklungsländer. Diese Maßnahmen stärken die Position des Kapitals, aber sie verschlechtern auch die Situation der Mehrheit der Weltbevölkerung. Die Abschaffung von Sozial-und Umweltauflagen sowie Kürzungen in den öffentlichen Ausgaben resultieren in der Unzugänglichkeit von Gesundheitsversorgung und Bildung, scharfem Anstieg der Lebenshaltungskosten, Verlust von Arbeitsplätzen, Arbeitslosigkeit und Einschränkung von Gewerkschaftsrechten. Der Einfluß auf die Agrarwirtschaft ist besonders verheerend, da Produktion die auf lokale Selbstversorgung ausgerichtet ist eingestellt wird und die Länder gezwungen werden, Monokulturen für den Export anzubauen, was zu Lebensmittelknappheit und in einigen Ländern auch zu Hunger führt. Die Auswirkungen von IWF/Weltbank Aktivitäten sind ebenso verheerend- die gigantomanischen Projekte der Weltbank resultieren in der Zerstörung lokaler Ökosysteme und der erzwungenen Vertreibung von Millionen von Menschen.

Als Resultat dieser Politik sind Millionen zu Flüchtlingen geworden. Sie haben keinen Platz in ihrem Heimatland an dem sie bleiben könnten und werden von den Mächten, die ihre Vertreibung verursacht haben, kriminalisiert und mit Verachtung behandelt. Wir wenden uns gegen die rassistischen Einschränkungen der Immigration in Europa und fordern das Recht auf freie Bewegung für alle Menschen.

Die Realität ist, dass die Politik von IWF und Weltbank die Leben der Menschen zerstört.

Laßt uns als Beispiel die tschechische Republik nehmen- das land in dem das Treffen stattfinden wird. 1990 akzeptierte die tschechische Regierung ein Strukturanpassungsprogramm (SAP) und erhielt einen 3,9 Milliarden Dollar Kredit. Von diesem Zeitpunkt an haben alle Regierungen mit größerer oder geringerer Intensität, eine Politik der Liberalisierungen, Deregulierungen, Privatisierungen, hohen Zinsen und Kürzungen in den öfentlichen Ausgaben verfolgt- eine Politik, die im Interesse der Konzerne liegt und die den Entwicklungsländern von IWF und Weltbank aufgezwungen wird. Das Resultat ist die zunehmende Verarmung derjenigen, sie sowieso schon das Wenigste haben.

In den vergangenen Jahren sind die Einkommen von ArbeiterInnen und Bäuerinnen und Bauern in der tschechischen Republik dramatisch gefallen. Der Wert der Sozialleistungen ist seit 1997 um 44% gefallen und um 60% gegenüber dem Bruttosozialprodukt von 1991. Die Leben von Frauen werden härter und härter, da sie unproportional stark von Ausbeutung, Sexismus und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Umwelt leidet darunter, ein Reservoir billiger Rohstoffe für die multinationalen Konzerne zu werden. Der Rassismus gegen die Minderheiten von Sinti und Roma hat zugenommen, da Rassismus üblicherweise die Aufmerksamkeit der Menschen von den eigentlichen Problemen und Feinden ablenkt.

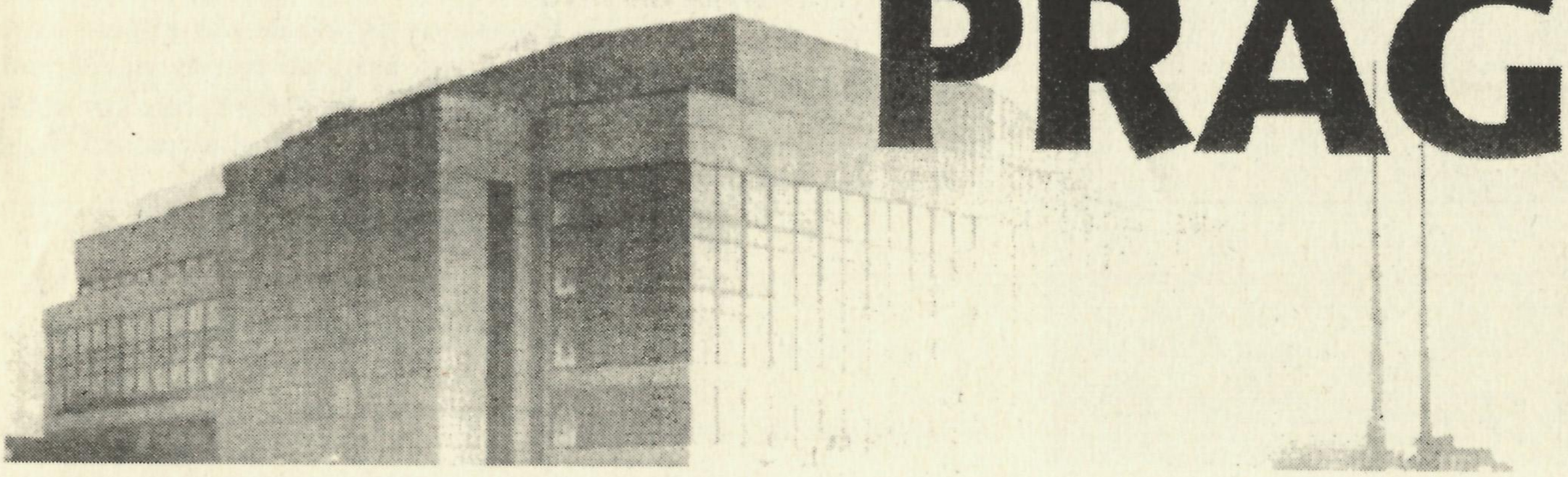
Die kapitalistische Globalisierung ist nur eine Fortsetzung des Neo-Kolonialismus, die enorme Reichtümer aus den ärmsten Teilen der Welt stiehlt. Gleichzeitig werden ArbeiterInnen in den industrialisier-

ten Staaten durch anti-soziale, neoliberale Politiken gezwungen, sich in einen Wettbewerb mit ArbeiterInnen in den sogenannten Entwicklungsländern zu begeben.
Mehr als 4 Milliarden Menschen leben von einem täglichen Einkommen von weniger als 2 US Dollar. Circa 17 Millionen Kinder sterben jedes Jahr an leicht heilbaren Krankheiten. Ein Drittel der EinwohnerInnen der südlichn Hemisphäre wird das vierzigste Lebensjahr nicht erreichen. Und 250 Millionen Kinder in den sogenannten Entwicklungsländern sind gezwungen, als Sklavenarbeiter für transnationale Konzern zu arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen.
Gleichzeitig gibt es in der europäischen Union 50 Millionen Menschen, die in Armut leben und 5 Millionen Obdachlose. 30 Millionen Menschen in den USA leiden unter Unterernährung.
Wir werden dieses System nicht länger als Weg für den Fortschritt der Gesellschaft akzeptieren! Im Gegenteil, wir werden zu ZeugInnen eines täglichen Massenmordes an zehntausenden von Menschen und eines täglichen Verbrechens gegen die Menschenrechte, in Würde und Freude zu leben. Diese Situation kann durch nichts anderes als eine globale internationalistische Bewegung geändert werden.
Wir glauben nicht, dass wir diese Entwicklung stoppen können, indem wir Lobby bei Institutionen wie IWF und Weltbank machen. Wir bauen vielmehr auf eine Bewegung, die vom Graswurzellevel ausgehen muß, die die Einheit der vielen und verschiedenen täglichen Kämpfe gegen die Konsequenzen eines globalen kapitalistischen Systems fördert- einschließlich solcher Gruppen wie GewerkschafterInnen, Arbeitslose, kleine oder landlose Bäuerinnen und Bauern, ökologischen Initiativen, MigrantInnen, radikaldemokratischen politischen Organisationen etc. Eine Alternative zum derzeitigen sozialen Modell zu finden ist nach unserer Ansicht eine absolute Notwendigkeit. Die sogenannte Demokratie des „Verhandelns" und des „kritischen Dialoges mit der Zivilgesellschaft" die von IWF und Weltbank angeboten wird repräsentiert keine echte Demokratie.
Wir glauben nicht, dass die Globalisieung durch die protektionistische Politik von Nationalstaaten gestoppt werden kann. Wir glauben, aß die Alternative eine Gesellschaft ist, die nicht auf dem Profit von Wenigen sondern auf den Bedürfnissen und Wünschen aller, den Prinzipien der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe und nachhaltigen Lebens basiert, eine Gesellschaft, die alle Formen und Systeme von Diskriminierung, Herrschaft und Unterdrückung zurückweist.
Es ist das kapitalistische System, welches für di heutigen sozialen und ökologischen Disaster verantwortlich ist. Daher ist es notwendig, Proteste zu organisieren, um den IWF und die Weltbank zu stoppen. Denn eine solche Bewegung kann nur durch direkte Aktion, zivilen Ungehorsam und das Praktizieren direkter Basisdemokratie geformt werden. Der Widerstand muß so global wie das Kapital sein- und sehr viel kreativer.
Wir rufen so viele verschiedene Gruppen und Individuen wie möglich auf, diesen Aufruf zu unterstützen und sich für die weltweite Aktion in Prag im September zu organisieren. Es wird eine Aktionswoche vom 21. bis 28. September geben, mit einem globalen Aktionstag am 26. September 2000. Wir rufen Euch auf, Euch an den Protesten in Prag zu beteiligen und Aktionen in Euren eigenen Ländern zu organisieren.

Laßt uns die Zukunft verändern und eine neue Welt schaffen!

Für nähere Informationen:
prague2000_cz@hotmail.com
http://go.to/prag-2000

Widerstand Ort: PRAG



Prag

selbst organisieren!

„Fern der reformistischen und bürokratischen Praxis, bei der es um das Streben nach Macht geht, entsteht ein Kampf, dessen Stärke aus der Vielfalt kommt. Die Unzufriedenen richten ihr Augenmerk auf die Wege der Selbstorganisation, der Selbstverwaltung, der direkten Demokratie und der Autonomie als roter Faden, der sie zur Befreiung von den kapitalistischen Zwängen führt. Sie lassen hinter sich die alten klassischen, vertikalen und autoritären Strukturen, deren Zweck nur die Herrschaft von Menschen über andere Menschen und Naturzerstörung sind. Ziel ist der Aufbau einer Bewegung ohne Chefs, Avantgarde und Hegemonie, und die Idee einer Einheit in der Vielfalt und einer Stärke im Pluralismus."
(aus einem brasilianischen Aufruf zum S26, globaler Aktionstag gegen Kapitalismus)

Die Proteste gegen IWF und Weltbank in Prag werden aus den Zusammenhängen einer weltweiten Basisbewegung organisiert. Basisbewegung bedeutet eine Bewegung, in der es keine autoritären Strukturen von Chefs, Kadern und Hierarchien gibt. Wir denken, dass dieser Gedanke der Bewegung von unten, der horizontalen hierarchiefreien Vernetzung, für die deutsche Mobilisierung nach Prag der Anspruch sein sollte. Darum lehnen wir die Bildung eines bundesweiten „Bündnisses" ab, sondern setzen auf die horizontale Vernetzung von Menschen und Basisgruppen, die sich untereinander koordinieren. Wir sehen Prag als einen weiteren Schritt im Prozess des Aufbaues einer horizontal vernetzten Bewegung von unten in der BRD und international.

Basisbewegung heißt, als erstes sich selbst mit dem Thema inhaltlich auseinander zu setzen und die eigenen lokalen Zusammenhänge anzusprechen. Der Prozess fängt an der Graswurzel an und nicht in Prag. Dazu bieten sich Infoveranstaltungen, Teach-Ins und Formen von inhaltlicher Vermittlung, bei der Menschen sich selbst Wissen aneignen, an.

Bildet gemeinsame Infopools, macht Informationen anderen zugänglich und stellt eure Konzepte, Materialien, mögliche ReferentInnen etc. auf die deutschsprachige Vernetzungswebseite für Prag (Beiträge an: prag2000@crosswinds.net). Dort können sie dann von allen Menschen mit Internet-Zugang abgerufen werden (http://go.to/prag-2000).

Ideen für weitere nicht-virtuelle Medien sind: - Videos - Radiobeiträge - Comics - Infopakete für Teach Ins - Zeitungen - Plakate (wir produzieren gerade eine Zeitung und ein Plakat zur IWF/Weltbank-Kampagne, die beim fzs bestellt oder im Internet abgerufen werden können)

Falls ihr Material erstellt / ausfindig macht, das interessant sein könnte, stellt es auf die Webseite!

Ein Instrument der bundesweiten Koordination der lokalen und regionalen Vernetzung von Basisgruppen kann die Mailingliste prag2000-de@egroups.com sein (zum Eintragen eine leere Mail an prag2000-de-subscribe@egroups.com schikken). Menschen mit Internet-Zugang sollten die Informationen ausdrucken und in ihren lokalen und regionalen Zusammenhängen verbreiten.

Für eine Welt,
in der viele Welten
Platz haben!

AK Internat des fzs, Treffen in Konstanz vom 30.6-2.7.00

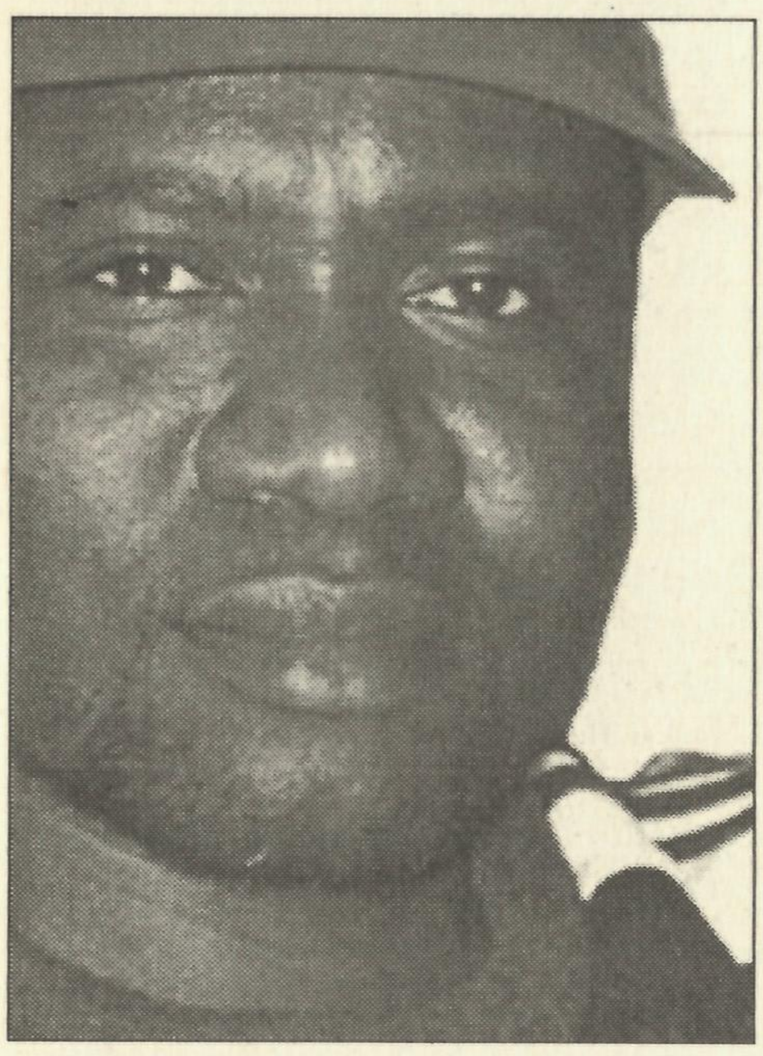
KARAWANE

Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Verhinden Sie die Abschiebung von Akubuo !

Der nigerianische politische Flüchtling Akubuo Anusonwu Chukwudi, der bekannteste Aktivist der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen", ist erneut akut von Abschiebung bedroht. Akubuo hatte gerade als Organisator einer Kampagne die horrenden Zustände in seinem Flüchtlingsheim an eine breite Öffentlichkeit getragen. Damit steht der Abschiebebeschluss der deutschen Behörden ganz offensichtlich in Zusammenhang.

Es wäre nicht das erste Mal, dass Akubuo die Revanche der deutschen Behörden zu spüren bekommt. Bereits im Herbst 1998, unmittelbar nach dem fünfwöchigen Protestzug der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" durch 44 Städte Deutschlands, wurde Akubuo, der an diesem Protestmarsch von Anfang bis Ende beteiligt war, in überraschender Eile in Abschiebehaft genommen. Seine Abschiebung konnte durch eine Reihe kraftvoller Protestaktionen in letzter Minute verhindert werden. An der Spitze standen eine internationale Faxkampagne, ausgehend von der Veröffentlichung im Internet, Demonstrationen und das Eintreten nigerianischer Menschenrechtsaktivisten. Akubuo hatte, durch sein starkes politisches Engagement für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland und für Gerechtigkeit und Demokratie in seinem Heimatland Nigeria, den Respekt vieler Menschen gewonnen. Wenige Stunden bevor Akubuo den Abschiebeflug antreten sollte, entschied das zuständige Verwaltungsgericht in Schwerin, seine Abschiebung auszusetzen, und räumte ein, daß die Abschiebung dieses exilpolitischen Aktivisten eine Gefahr für sein Leib und Leben bedeuten würde. Tatsächlich hatte das Verwaltungsgericht in Schwerin 1998 als Antwort auf den Eilantrag von Akubuos Anwalt einen vorläufigen Abschiebeschutz ausgesprochen, bis sein Fall im Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgericht abgeschlossen sein würde. Das Hauptverfahren hat bis heute nicht begonnen. Statt dessen wurde der Abschiebeschutz plötzlich und ohne Vorwarnung aufgehoben. Das ist rechtlich erlaubt, aber völlig unüblich. Man kann nur annehmen, dass Akubuo abgeschoben werden soll, bevor er in einem öffentlichen Gerichtsverfahren die Lage in Nigeria, seine politische Arbeit und die Zustände in deutschen Flüchtlingsheimen publik machen kann.



Es ist kein Geheimnis, daß die Ausländerbehörde in Parchim einen tiefsitzenden Hass gegen Akubuo hegt, da er mit seiner offensiven Kampagne die unmenschlichen Lebensbedingungen und die rassistische Behandlung von Flüchtlingen in seiner Flüchtlingsunterkunft und in der gesamten Region offenlegte. Selbst die populistische Bild-Zeitung, die nicht gerade als ausländerfreundlich bezeichnet werden kann, berichtete positiv über die von Akubuo initiierte Kampagne. Als Antwort auf die zahlreichen Petitionen, die er im Namen aller Flüchtlinge verschickte, erhielt er die Ankündigung seiner Abschiebung. In diesem Zusammenhang muß die Aufhebung seines Abschiebeschutzes durch das Verwaltungsgericht gesehen werden. Wie sonst sollte ein Richter nahezu zwei Jahre nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes in Schwerin plötzlich aus eigener Initiative zu dem Schluß kommen, daß Akubuo in Nigeria keinerlei Verfolgung mehr zu befürchten habe. Tatsächlich besteht kein Zweifel darüber, dass besonders in der momentanen Situation Nigeria für Oppositionelle immer gefährlicher wird. Um die Aufhebung des Abschiebeschutzes von Akubuo rechtfertigen zu können, ist das Verwaltungsgericht in dem jüngsten Bescheid sogar so weit gegangen, die militärischen repressiven Maßnahmen, die in den vergangenen Monaten von Nigerias Präsident Obasanjo angeordnet wurden, zu verteidigen.

Dieser empörende Versuch, das Akubuo zustehende öffentliche Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgericht zu verhindern, muß gestoppt werden! Die Wahrheit muß ans Tageslicht kommen ! Sollten die Behörden erfolgreich sein und die Abschiebung von Akubuo durchsetzen, wäre das nicht nur ein harter Schlag für die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen", es wäre zugleich ein Angriff auf alle diejenigen, die sich gegen den Rassismus in Deutschland stellen.

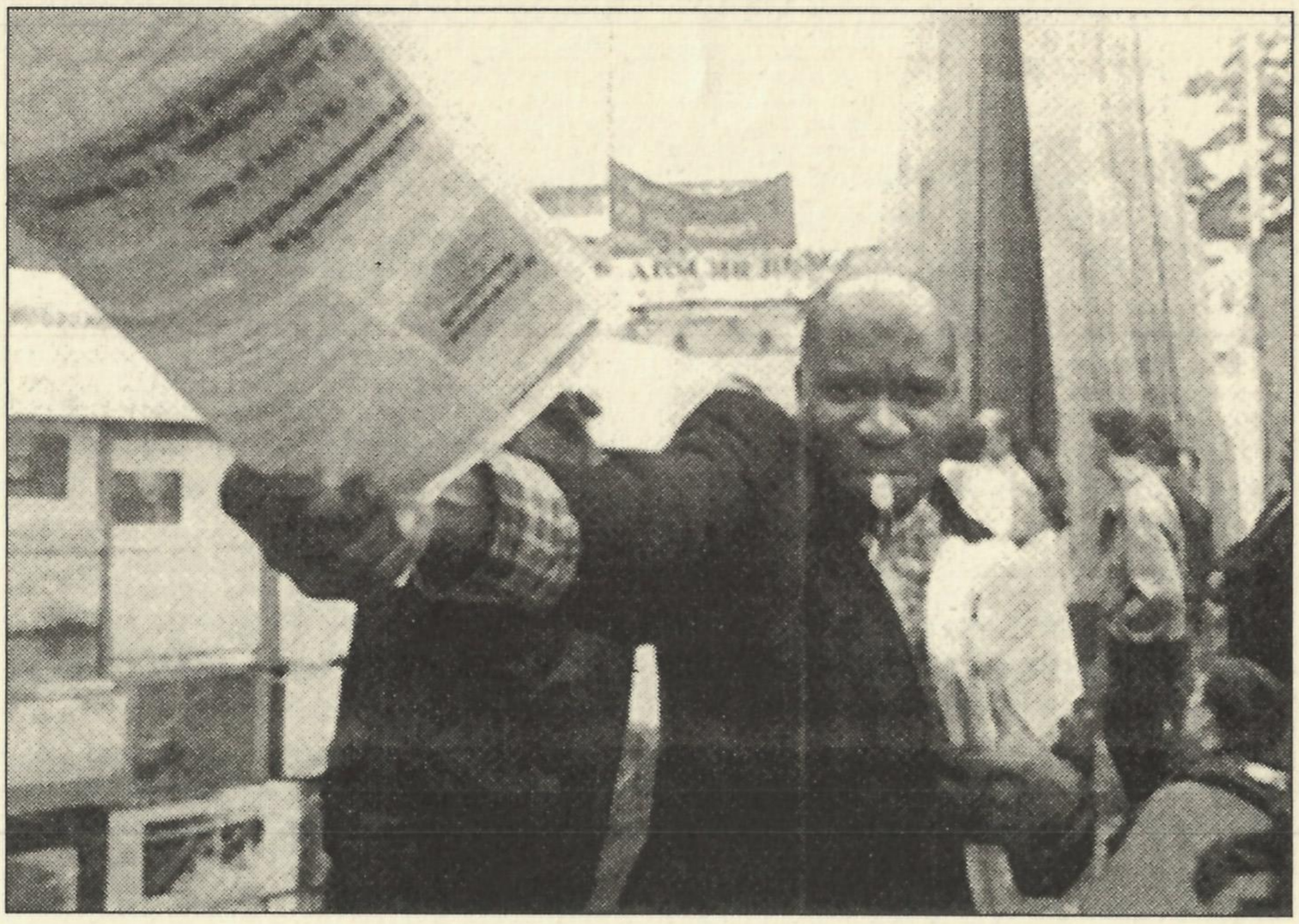
Wer ist Akubuo?

Im Oktober 1993 floh Akubuo Chukwudi Anusonwu vor der Militärdiktatur in Nigeria nach Deutschland. In Nigeria war er ein führendes Mitglied der „Area boys", einer Basisbewegung von Jugendlichen aus den Stadtvierteln in und um Lagos. Von dort nahm bekanntermaßen der größte Teil der politischen Opposition seinen Ausgang. Im Juni 1993, als die demokratisch abgehaltenen Präsidentschaftswahlen annulliert und M.K.O. Abiola sein Wahlsieg vorenthalten wurde, organisierten die „Area boys" in Reaktion darauf eine Demonstration, an der Akubuo an zentraler Stelle mitwirkte. Über 5000 Menschen beteiligten sich daran. Im Verlauf der Demonstration eröffneten Polizei und Militär das Feuer; 30 Teilnehmer starben und mehrere hundert trugen schwere Verletzungen davon. Die Polizei machte Jagd auf die Organisatoren und führte Massenverhaftungen durch. Akubuo konnte trotz seiner Schußverletzungen am Oberarm und an der Hüfte entkommen. Trotz intensiver Fahndung nach den „Rädelsführern" der Area Boys schaffte es Akubuo mit der Hilfe eines Freundes, Nigeria zu verlassen; er kam

nach Deutschland, um dort politisches Asyl zu suchen. Die „Area boys" sind als eigene Formation sehr aktiv und stehen zudem mit den wichtigsten politischen Oppositionsbewegungen in Nigeria in Verbindung. Viele ihrer Mitglieder haben sich zum Beispiel dem „Oodua Peoples Congress" angeschlossen und bilden seine soziale Basis.

In Deutschland setzte Akubuo seine politischen Aktivitäten mit der selben Entschlossenheit fort. Seine Engagement im Exil trug bedeutend zur Herausbildung eines starken Widerstands gegen die Militärjunta in Nigeria bei. Er ist Mitglied der United Democratic Front of Nigeria (UDFN), einer der wichtigsten Oppositionsgruppen Nigerias unter Vorsitz des Literatur-Nobelpreisträgers Professor Wole Soyinka. Doch als afrikanischer Flüchtling in Deutschland, bekam Akubuo den Rassismus seitens der deutschen Gesellschaft und der Behörden deutlich zu spüren. Sein unerschütterlicher Charakter und sein kontinuierlicher Protest gegen alle Formen der Ungerechtigkeit brachten ihn im Juli 1997 in Polizeigewahrsam in Lübeck. In der Haft schloss er Freundschaft mit seinem Zellennachbar, dem jungen Flüchtling Tijani aus Niger. Eines Tages hörte er, wie Wachleute in die Nachbarzelle eintraten und vernahm gewaltätige Geräusche. Unter Schmerzen hörte er Tijani schreien: „Akubuo...! Ich bin tot." Als Akubuo gegen seine Zellentür hämmerte, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und damit Tijani zu helfen, trat ein Beamter an seine Tür und drohte Akubuo umzubringen, wenn er nicht sofort ruhig sei. Machtlos und erfüllt von dem Gefühl der Angst, ließ Akubuo davon ab. Er hatte Tijani nicht noch einmal gesehen. Die harten Bedingungen, mit denen er als Flüchtling in Deutschland konfrontiert wurde, erweiterten Akubuos Horizont des Kampfes für Gerechtigkeit. Die Karawane-Demonstration im Jahr 1998 gab ihm, wie auch vielen anderen, die Möglichkeit, die erfahrenen Ungerechtigkeiten auszudrücken. Viele innerhalb der Karawane lernten seinen unermüdlichen Einsatz für Menschenrechte kennen. Sehr bald entwickelte sich Akubuo, nun ein Mitglied von The Voice, zu dem beeindruckendsten und nicht mehr wegzudenkenden Aktivisten der Karawane.

Nach der Karawane im Herbst 1998 brachte ihn sein unermüdlicher Einsatz gegen die Ungleichbehandlung von Flüchtlingen erneut in Haft, diesmal, um seine Abschiebung vorzubereiten. Auch wenn Karawane-Bewegung in der Lage war Akubuo zu verteidigen und seine Freilassung errreichte, überschattete ein trauriges Ereignis diesen ersten Erfolg der Karawane: einige seiner nigerianischen Freunde in Deutschland, die in höchster Sorge um sein Leben waren, informierten alte Bekannte von Akubuo in Lagos über



die drohende Abschiebung. Die unheilvolle Nachricht drang auch zu Akubuos Mutter durch. Sie erlitt einen Herzinfarkt und verstarb. Der tiefe Kummer und Schrekken, an denen Akubuo als Folgen seines Engagements in der Karawane litt, konnten ihn jedoch nicht brechen. Er initiierte eine Kampagne gegen die untragbaren Zustände in Flüchtlingslagern in Mecklenburg-Vorpommern und begann damit in seiner eigenen Unterkunft in Sternberg bei Peeschen: ein Wohnheim, zu dem, bis zu dem Zeitpunkt als Akubuos Proteste erste Erfolge zeigten, keine Straße führte und in dem es nicht ständig elektrische Versorgung gab; bis zum nächsten Dorf sind es mehr als drei Kilometer, zur Bushaltestelle müssen die Bewohner knapp vier Kilometer laufen, der nächstgelegene Lebensmittelladen befindet sich etwa 10 Kilometer von dem Wohnheim entfernt. Er protestierte gegen die Residenzpflicht, die Flüchtlinge in ihrer Bewegungsfreiheit auf den Landkreis ihrer Asylunterkunft beschränkt und kämpfte gegen die soziale Ausgrenzung und Kriminalisierung von Flüchtlingen, gegen das Gutscheinsystem und wurde nicht müde immer wieder auf die Mißhandlungen und psychischen Qualen, denen Flüchtlinge tagtäglich ausgesetzt sind, hinzuweisen.

Deutschlands Gier nach billigem Öl drängt Nigeria an den Rande eines Bürgerkrieg - und nicht in die Demokratie Die Behauptungen, die das Verwaltungsgericht Schwerin bei der Aufhebung des Abschiebestopps für Akubuo aufstellt, zeigt das Zusammenspiel von Deutschlands zerfallender Asylpolitik mit seinen ökonomischen Interessen an dem betreffenden Land - Nigeria. Nachdem die Richterin behauptet hat, dass Asylbewerber aus Nigeria keine politische Verfolgung mehr zu befürchten haben, wenn sie abgeschoben werden, widerspricht sie sich in ihren eigenen Äußerungen, indem sie feststellt, dass der Oodua Peolpes' Congress (OPC) tatsächlich von Staatspräsident Obasanjo verfolgt wird. Dann fährt die Richterin damit fort, den OPC zu denunzieren und seine Verfolgung durch Obasanjo zu rechtfertigen. Einige mögen denken, dass es die Aufgabe einer Richterin ist, festzustellen, ob ein Asylbewerber eine 'begründete Furcht vor politischer Verfolgung hat'; und nicht, ein Urteil über die politischen Kräfte des betreffenden Landes zu fällen. Doch das würde bedeuten, dass die Richterin über den rassistischen Druck in Deutschland erhaben ist, der die Abschiebung von jährlich mehr als 50.000 Menschen möglich macht. Doch statt dessen, mit der Arroganz des Unwissenden, behauptet sie, dass Akubuo keine ähnliche Verfolgung, wie die des OPC zu befürchten hat. Denn der OPC sei eine ethnisch basierte Organisation, Akubuo habe jedoch eine andere Ethnienzugehörigkeit. Der OPC wurde von intellektuellen Yoruba gegründet und geleitet, nachdem die von Chief MKO Abiola gewonnenen Präsidentschaftswahlen im Jahr 1993 annulliert wurden. Er wurde zum Wegbereiter der Kampa-

gne für eine souveräne National-Konferenz und für den Kampf um Selbstbestimmung, die der mehr als drei Jahrzehnte währenden Herrschaft des Militärs folgte. Der OPC ist von dem selben Geist, wie der Kampf des ermordeten Menschenrechtsaktivisten Ken Saro-Wiwas für die Rechte der Ogoni und gegen die Zerstörung ihrer Umwelt durch die multinationalen Ölkonzerne. Selbstbestimmung ist seit der Zeit des Militärputsches im Jahr 1966 eine wichtige Frage, als die föderative Verfassung und die regionale Autonomie außer Kraft gesetzt wurde. Es ist allgemein bekannt, daß die Briten bei dem Putsch ihre Hände im Spiel hatten, da die Militärherrschaft den Briten eine sehr effiziente Ölausbeute ermöglichte. Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1960 gab die Regierung dem Land eine Verfassung, die auf regionaler Autonomie beruhte. Dies war von entscheidender Bedeutung für die Herstellung von Stabilität, Gerechtigkeit und Demokratie in einer multi-ethnischen Nation angesehen wurde. Doch es war den multinationalen Öl-Konzernen klar, dass die Autonomie der Regionen ein Hindernis für ihre Profite darstellten. Das ist der Grund, warum der Kampf um Selbstbestimmung als eine Schlüsselfrage gegen das zentralistische System gesehen wird, das Nigeria von den Militärdiktatoren und den multinationalen Konzernen aufgedrängt worden ist. Deswegen ist es auch ein Leichtes zu verstehen, warum die Ideen und Ziele des OPC so beliebt bei der Bevölkerung sind. Obwohl von Volksangehörigen der Yoruba dominiert, identifizieren sich viele Menschen anderer Ethnien im ganzen Land mit dem OPC und teilen seine politischen Ideen. Tatsächlich hat der OPC die Gründung vieler ähnlicher Organisationen im Süden des Landes, die für Selbstbestimmung kämpfen, inspiriert. Wenn die Richterin den OPC als eine ethnische Gruppe klassifiziert, dem nur Yoruba beitreten können, zeugt dies von der typischen europäischen Arroganz, mit der fortschrittliche Kämpfe von Afrikanern auf Ethnizität und Tribalismus reduziert werden.

Die Tatsache, dass die Area Boys einen wichtigen Teil der Machtbasis des OPC bilden, dessen Verfolgung durch das gegenwärtige Regime von dem Gericht anerkannt wird, ist auch eine direkte Anerkennung der Gefahr, die eine Persönlichkeit wie Akubuo erwartet, wenn er nach Nigeria zurückkehrt. Wenn der Präsident in seiner infamen Ansprache an die Nation und an die internationale Presse die Order ausgibt, Mitglieder des OPC und seine Sympathisanten zu verhaften und standrechtlich zu erschießen, bringt das nur an die Öffentlichkeit, was bereits vorher praktiziert, aber von der Regierung geleugnet wurde.

Wer sind die Terroristen?

Die Richterin führt ihre Offensive gegen den OPC mit der Behauptung fort: „einige Mitglieder sind dazu in den militanten Untergrund gegangen und bedienen sich zum Teil terroristischer Methoden ... . Dass Obasanjo versucht, die Zivilbevölkerung vor derartigen Übergriffen zu schützen, ist jedoch politisch notwendig...". War es „politisch notwendig", dass die Regierung Obasanjos im November 1999 ein Bataillon Soldaten ausschickte, um Frauen zu vergewaltigen und die Stadt Odi auszulöschen, was in dem Tod von mehr als zweitausend Menschen resultierte und die Flucht der restlichen Bevölkerung vor dem Terror in das Nigerdelta zur Folge hatte? War es „politisch notwendig", dass Obasanjo am 26. November den Befehl gab, Mitglieder des OPC auf der Stelle zu erschiessen, was hunderte von Toten, nicht nur von friedlichen OPC-Aktivisten, sondern auch von normalen Bürgern zur Folge hatte? Die Wahrheit ist, dass der OPC eine eindrucksvolle Geschichte an gewaltfreien politischen Aktionen hat. Der ununterbrochene Terror des Militärs gegenüber seinen Mitgliedern und Unterstützern hat Teile des OPC zu dem Versuch gezwungen, eine Art physische Verteidigung zu organisieren, um nicht völlig vernichtet zu werden. Was „politisch notwendig" zu sein scheint, ist eine mögliche Ausflucht für die Richterin für den Fall, dass Akubuo nach seiner Abschiebung verhaftet oder umgebracht wird. Auf diese Weise schafft sie sich eine Argumentationsbasis, dann trifft nicht sie die Schuld und auch nicht Obasanjo, sondern es einzig und allein Akubuo selber.

In Wahrheit droht Akubuo die Abschiebung, weil er den täglichen Rassismus und die systematischen Menschenrechtsverletzungen, mit denen Flüchtlinge in Deutschland konfrontiert werden, öffentlich macht. Die deutsche Regierung sieht Obasanjo als jemanden, mit dem man Geschäfte machen kann. In dem Kampf des OPC und anderer demokratischer und progressiver Kräfte, die für die Menschenrechte eintreten, sieht die deutsche Regierung ihre wirtschaftlichen Interessen in Nigeria gefährdet. Es ist die Gier nach billigen Ölressourcen, nach Investitions- und Exportmöglichkeiten, die den Blick der deutschen Regierung auf Obasanjo, als auch auf die Gegner seines Regimes, bestimmen. Die Richterin des Verwaltungsgerichtes übernimmt diese äußerst voreingenommenen Positionen über Nigeria von der deutschen Außenpolitik, um den Weg für die Abschiebung Akubuos zu ebnen, und zur gleichen Zeit die Verantwortlichkeit für einen groben Justizirrtum zu umgehen. Die Folge davon kann sein, dass ein der deutschen Regierung unliebsam gewordener Menschenrechtsaktivist mit Deckung des deutschen Gerichtswesens in Nigeria gefoltert oder vielleicht sogar ermordet wird.

Das darf nicht zugelassen werden.

KARAWANE Für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen

Bremer Kooardinierungsbüro:
IMRV Bremen e.V, Wachmannstr. 81, 28209 Bremen, Tel.: (0421) 5577093, Fax: (0421) 5577094, mail@humanrights.de, http://www.humanrights.de/
Spendenkonto: Postbank Hamburg, Kontonr. 99 29 207, Bankleitzahl 200 100 20

Der Fall Hasan Sevimli: Morgens um 5 Uhr kam die Polizei

Ab in den türkischen Folterkeller!

Delmenhorst: Der ausländerfeindliche Rechts-Populismus hat gesiegt

Von Peter Vogel

Lehrkräfte und Schüler der 9. Klasse der Hauptschule West im niedersächsischen Delmenhorst wollten keinen Fußbreit nachgeben: „Wir bestehen darauf, daß unser kurdischer Mitschüler Hasan Sevimli ein Bleiberecht erhält", erklärten sie den Ratspolitikern und Verwaltungsbeamten bei einem Treffen im Rathaus. Die wollten den 18 jährigen Schüler von Anfang an in die Türkei abschieben, weil sein Asylantrag nicht anerkannt wurde. Inzwischen mußte Hasan untertauchen, um seinen polizeilichen Verfolgern zu entkommen, seit dem 15. August lebt der 18 jährige in der Illegalität. Das niedersächsische Medienbüro für Menschenrechte e.V. (mfm), das in Delmenhorst seinen Sitz hat, bezeichnete die Nacht- und Nebelaktion der Ausländerbehörde als einen „Tiefstand der politischen Kultur", die sich am Leben und an der Existenz eines 18 jährigen vergreift.

Die Solidaritätsaktion für Hasan, die bereits im April gestartet wurde, hatte zu einem breiten Bündnis geführt: Lehrkräfte, Schulleitung und Schüler sammelten bereits mehrere hundert Unterschriften für den Verbleib des Schülers, ein SPD-Ortsverein und die evangelische Kirche in Delmenhorst richteten Petitionen an der Niedersächsischen Landtag - vergeblich!

Rede vor dem Stadtrat

Ratspolitiker, führende Verwaltungsbeamte und die Ausländerbehörde hielten an der Ausweisung für Ende August fest. Auch eine bewegende Rede von Hasan Sevimli in der Bürgerfragestunde des Delmenhorster Stadtrates, konnte die Betonfraktion von CDU und SPD nicht aufbrechen, obwohl der Schüler deutlich gemacht hatte, daß er in der Türkei gezwungen werde, im Rahmen des Militärdienstes auf seine eigenen Landleute zu schießen - was er ablehnt. Lediglich aus den Reihen von Bündnis 90/ Die Grünen gab es Beifall für Hasans Rede.

Der 18 jährige Schüler war 1996 aus dem kurdischen Bürgerkriegsgebiet zu seinem Onkel nach Delmenhorst geflüchtet, nachdem mehrere seiner Verwandten verhaftet und wegen Separatismus zu hohen Haftstrafen verurteilt worden waren. Schon damals hatte er angekündigt, den Militärdienst verweigern zu wollen, weil er nicht bereit sei, auf kurdische Landsleute zu schießen - in der Türkei ein schwerwiegendes Vergehen, das mit bis zu 5 Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Allerdings: Die Bundeszentrale für die Anerkennung von Flüchtlingen hat weder die Verfolgung in der Türkei noch die Verweigerung des Militärdienstes als Fluchtgrund anerkannt.

Daß die Stadt dem Schüler trotz negativem Gerichtsurteil ein Bleiberecht einräumen könnte, hat das niedersächsische Medienbüro für Menschenrechte (mfm) in einem juristischen Gutachten ermittelt. Ein mfm-Sprecher: „Es muß von der Stadt Delmenhorst politisch nur gewollt sein". Doch das war von Anfang an nicht der Fall. So ignorierte der Delmenhorster Ausländerdezernent Bernd-Müller Eberstein (CDU) beharrlich jeden Handlungsspielraum. Er sieht nach wie vor keinen Grund, Humanität vor Härte gelten zu lassen und bestätigte schon vor Wochen den restriktiven Kurs seiner Behörde mit den Worten: „Wir sind an Recht und Gesetz gebunden. Das Verwaltungsgericht hat den Asylantrag abgelehnt, also muß Hasan Sevimli das Land verlassen". Auch sein Vorgesetzter, der Delmenhorster Oberstadtdirektor Norbert Boese (SPD), seit Jahren stolzes Mitglied der deutsch-jüdischen Gesellschaft und nach eigenem Bekunden stets offen für das Leid von Verfolgten, bestätigte vor dem versammelten Stadtrat die knallharte Ausweisungslinie: „Uns sind die Hände gebunden". In Leserbriefen und Zeitungsartikeln ging daraufhin ein Sturm der Entrüstung durch die Öffentlichkeit. Inzwischen sind die Fronten verhärtet. Jüngster Vorwurf der Ausweisungsgegner an die Adresse der Stadt: Sie besorge das Geschäft der Neonazis, denn die hätten schließlich die Parole „Ausländer raus" auf die Tagesordnung gesetzt - und Boese folge ihr.

Am Morgen des 15, August, kurz nach 5 Uhr, läutete - wie einst die Gestapo zur besten Nachtzeit des menschlichen Tiefschlafes - die Polizei an der Haustür von Hasans Onkel, um den 18 jährigen festzunehmen und noch am gleichen Tag in die Türkei abzuschieben, mfm kommentierte die nächtliche Aktion mit den Worten:

„Die Ausländerpolitik des Delmenhorster Oberstadtdirektors Dr. Norbert Boese (SPD), seines Dezernenten Bernd Müller-Eberstein (CDU) und der Ausländerbehörde im Zusammenhang mit der geplanten Abschiebung des 18 jährigen kurdischen Jugendlichen Hasan Sevimli markiert einen bisher nie dagewesenen Tiefstand der politischen Kultur in Delmenhorst. Die Tatsache, daß der Jugendliche am Dienstagmorgen um 5 Uhr im Haus seines Onkels zur Abschiebung in die Türkei festgenommen werden sollte, läßt erahnen, welche tageszeitliche „Traditionspflege" im Delmenhorster Rathaus in Zusammenarbeit mit der hiesigen Polizei betrieben wird. Damit erweisen sich führende Beamte der Delmenhorster Stadtverwaltung entgegen allen Beteuerungen in der Vergangenheit einmal mehr als unfähig, Mitmenschlichkeit walten zu lassen, bürokratisch sanktionierte Ausländerfeindlichkeit inklusive"

Die Regionalausgabe des „Weser Kurier" notierte empört: „Im Fall Hasan Sevimli tun alle nur ihre Pflicht", und: „Hinter dieser Fassade offenbart sich ein Mangel an Mitmenschlichkeit".

Unterdessen ist für den 18 jährigen Hauptschüler, der bereits am Ende des letzten Schuljahres in die nächst höhere Klasse versetzt wurde, eine Patenschaftsaktion angelaufen, der sich Künstler, Journalisten,

Gewerkschafter, Betriebsräte und der Verleger des „ Delmenhorster Kreisblatt", der größten Zeitung am Ort, angeschlossen haben.

Ob Hasan damit noch geholfen werden kann, ist ungewiß. Er hält sich an einem unbekannten Ort versteckt. Eine Rückkehr in die Türkei, so erklärten Vertreter seiner Familie, komme für ihn wegen der Gefährdungslage auf keinen Fall infrage. „Man wirft ein Leben nicht einfach so weg", hieß es.

Für den Delmenhorster Oberstadtdirektor Dr. Norbert Boese könnte der Fall Hasan noch ein Nachspiel auf der politischen Bühne haben. Denn im nächsten Jahr sind in Niedersachsen Kommunalwahlen angesagt, und in den Städten und Gemeinden tritt eine neue Kommunalverfassung in Kraft. Dann wird die Macht der Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren, also der Chefs von Politik und Verwaltung, in einer Person gebündelt - und Boese hat sich als SPD-Mitglied für den Job beworben.

Ein SPD-Insider kritisch:, Da ist noch nicht das letzte Wort gesprochen". Auch einzelne Gewerkschafter und Betriebsräte haben sich vorgenommen, das Thema im Kommunalwahlkampf zur Sprache zu bringen.

Motto: „Wer so menschenverachtend agiert wie Dr. Boese im Fall des kurdischen Jungen Hasan, der muß dafür auch eine politische Quittung erhalten".

Kommentar

Natürlich haben sich wieder alle an Recht und Gesetz gehalten: Verwaltung, Politiker, die Richter und die Bundeszentrale für die Anerkennung von Flüchtlingen sowieso, jene Entscheider, von denen einige Blut an ihren Händen haben. Nach Recht und Gesetz wird in Deutschland doch immer entschieden, auch um den Preis menschlicher Existenzen. Denn: Welchen Wert hat ein Menschenleben aus der Sicht von Bürokraten, zumal das eines 18 jährigen Kurden? Fakt ist: Hasan ist auf der Strecke geblieben und der ausländerfeindliche Rechts-Populismus hat gesiegt. Eines werden Dr. Boese und sein eifriger Rechtsaußen-Dezernent Müller-Eberstein wahrscheinlich nie mehr los: Den äußerst zweifelhaften Ruf, um den Preis eines unversehrten Menschenlebens den Handlungsspielraum von Humanität und Mitmenschlichkeit mißachtet, j a sogar verachtet zu haben. Das bleibt absehbar unvergessen, muß es auch bleiben, pv.

Theatherstück der Berliner Compagnie
22. September 20.00 Uhr
Cäcilienschule Oldenburg, Haarenufer 3

Kein Asyl

Eine Nacht im Leben des äthiopischen Flüchtlings Jonas Gamta

Im Rahmen der offiziellen Eröffnung der neuen Akademie der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg am 22.09.2000 wird die bundesweit bekannte Theatergruppe Berliner Compagnie nach Oldenburg kommen. Um 20.00 Uhr wird sie ihre Produktion „Kein Asyl" in der Cäcilienschule in Oldenburg zeigen. Die Berliner Compagnie hat seit 1982 immer wieder engagiertes Theater zu politi-schen und gesellschaftlichen Missständen entwickelt und auf die Bühne gebracht. Dabei kommt die Gruppe ohne Belehrung aus, sondern setzt auf intensive Recherche in der Vorbereitung und fesselndes Theater, bei dem trotz aller Ernsthaftigkeit der Humor nicht zu kurz kommt.

Leider sind die Themen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus immer noch und immer wieder aktuell (wie die vielen Anschläge auf Ausländer und Asylanten in diesem Jahr wieder zeigten). Und auch die momentane Diskussion um Green oder Blue Cards und Einwanderungsgesetz zeigen die Aktualität dieses Themas an. Im Mittelpunkt des 11/2 stündigen Stückes „Kein Asyl" der Berliner Compagnie steht der Afrikaner Jonas Gamta, ein Afrikaner in Deutschland. Einer von denen, die es noch schafften, hereinzukommen (ohne Green Card). Das Stück spielt in der Nacht vom 30. auf den 31. Januar, dem Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, in einem Flüchtlingsheim im Norden Berlins. Nachts um 3.00 Uhr sind nur noch zwei Beschützer von SOS-Rassismus anwesend: eine Autonome aus Kreuzberg und ein Lehrer aus Charlottenburg. Da kommt spät in der Nacht ein Jugendlicher aus dem Dorf und berichtet vom drohenden Angriff auf das Flüchtlingsheim.

Das Thema Rassismus, Ausländerfeindlichkeit wird von der Berliner Compagnie spannend inszeniert. Mit den vielen Songs ist es fast ein Musical. Dieses Stück ist auch für Jugendliche ab 16 geeignet auf spannende Weise mit diesem Thema konfrontiert zu werden.

Kartenvorbestellungen sind ab sofort möglich. Hotline: 0441/77 01 431 oder Fax: 0441/77 01 419 Kartenpreise: 18 DM, ermäßigt 13 DM

Vorverkauf: Akademie der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg, Haareneschstraße 60, 26121 Oldenburg Carl von Ossietzky Buchhandlungen in der Uni und am Markt

Intereview mit Osaren Igbinoba (The Voice, Jena)

„Die Gesetze gegen Fremde müssen weg“

Vertreter von Politik und Wirtschaft überbieten sich bei der Entrüstung über militante Rechtsextremisten. Gegenstand der Sorge ist oftmals mehr das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland als das Wohlergehen jener, die die Übergriffe zu spüren bekommen. Gleichzeitig wird die Unterteilung in nützliche und unnütze Migranten immer beliebter. Am letzten Wochenende forderte Hessens Ministerpräsident Roland Koch, über das Grundrecht auf Asyl »neu zu reden«.

Die Flüchtlingsorganisation The Voice setzt sich gegen die repressive Behandlung von Flüchtlingen in Deutschland ein. Mit Osaren Igbinoba, einem Sprecher von The Voice, sprach Alexander Veit.

Was halten Sie von der Diskussion um ein Verbot der NPD?

Die NPD wird instrumentalisiert. Bisher wurde sie benutzt, um den Hass gegen Fremde zu fördern. Jetzt soll sie verboten werden. Die Propaganda gegen die NPD kann nicht ernst genommen werden, weil sie von denselben Leuten kommt, die zum Aufstieg der faschistischen Parteien beigetragen haben. Trotzdem sind wir glücklich, dass dieses Thema jetzt hochkommt. Ein Verbot der NPD wäre eine Erleichterung. Ich habe zwar nicht viel Hoffnung, dass diese Diskussion ernst gemeint ist, aber es gibt eine neue Entwicklung. Doch gerade der CSU muss man für diesen Vorschlag keine Komplimente machen. Während der CDU/CSU/FDP-Regierung war die NPD höchst erfolgreich. Nun wird deutlich, welcher Hass von der NPD und eben auch von der CSU verbreitet wurde. Ein Verbot löst aber nicht das Problem des Rechtsextremismus. Die NPD wird unter einem anderen Namen und in anderen Farben wieder kommen. Die Deutschen wären froh, wenn die NPD verboten wäre, aber der Hass gegen Fremde bliebe.

Aber könnte ein Verbot der NPD nicht ein erster Beitrag zum Abbau des offenen Rassismus in Deutschland sein?

Die Regierung soll die rassistischen Gesetze gegen Fremde aufheben. Das wäre der richtige Weg, um den Einfluss der NPD zu reduzieren. Was nützt eine Stellungnahme des Parlamentspräsidenten, wenn rassistische Gesetze in Kraft sind? Wenn Parlamentarier einen besseren Eindruck machen wollen, sollen sie diese Gesetze ändern.

Derzeit reagiert die Politik auf die Zunahme rassistischer Überfälle vor allem mit der Forderung nach einer Aufrüstung des Staatsapparats.

Der deutsche Staat will seine Repressionsmaschinerie weiter ausbauen. Am Ende wird die ganze Diskussion umgedreht und gegen Fremde gewendet - wie Anfang der neunziger Jahre schon einmal, als das Asylrecht ausgehebelt wurde. Jetzt wird nach weiteren Instrumenten gesucht, um Menschenrechte zu zerstören: Das Asylrecht soll ganz abgeschafft werden. Der deutsche Staat ist sehr professionell in seinen Repressionsstrategien, um Fremde draußen zu halten, zumindest außerhalb des öffentlichen Lebens. Flüchtlinge stehen am untersten Ende der sozialen Skala. Sie werden daher auch zukünftig unter der repressiven Politik zu leiden haben.

Was muss getan werden, um den Rechtsextremismus einzudämmen?

Das Hauptproblem ist die rassistische kulturelle Dominanz der Deutschen. Sie wird in keinem der Vorschläge thematisiert. Für Flüchtlinge gibt es in Deutschland mehr Restriktionen als für Hunde. Aus diesem Land kommt der Prototyp des restriktiven Asylrechts. Die Bundesrepublik hat das Chipkartensystem für Flüchtlinge eingeführt, das System von Lebensmittelgutscheinen, die Residenzpflicht, die Flüchtlinge daran hindert, ihren Landkreis zu

verlassen. Deutschland hat in Europa nach Partnern gesucht, die dieser Politik folgen, und Deutschland hat sein Ziel erreicht. Die Bundesrepublik kooperiert mit undemokratischen Staaten. Menschen, die aus diesen Ländern fliehen, werden hier eingesperrt und zurück geschickt. Dieser staatliche Rassismus legitimiert den alltäglichen Rassismus. Das einzige, was der Staat machen kann, ist, die Apartheids-Gesetze abzuschaffen.

Kann die Polizei ein Bündnispartner im Kampf gegen Rassismus sein?

Viele Polizisten sind selbst pro-nazistisch und betrachten Fremde als ihre Feinde. Ich weiß nicht, ob die Regierung fähig ist, die Mentalität der Polizei zu ändern. Langfristig muss vor allem die Mentalität der Ausgrenzung beseitigt werden, die nicht nur bei der Polizei weit verbreitet ist. Ich möchte nicht das Wort Integration benutzen, ich spreche von einer offenen Gesellschaft.

Rassisten sollen ihren Job verlieren.

All diese Vorschläge sind im Prinzip positiv. Aber diese ganze Debatte ist nur ein Event. Morgen wird man sehen, wie die alte Politik in einem größeren Maßstab vorangebracht wird. Aber ich denke, die Linke sollte versuchen, diese Debatte zu nutzen, um etwas Boden in der öffentlichen Diskussion zu gewinnen.

Erwarten Sie von linken Gruppen Unterstützung für Ihre politische Arbeit?

Ja, aber wir sind nicht sehr optimistisch. Das geht alles zu langsam. Es gibt ein paar Gruppen, die mit uns zusammenarbeiten. Aber wir könnten durchaus mehr Hilfe gebrauchen.
Als wir hier ankamen, dachten wir, hier würde eine menschliche Zivilisation bestehen. Aber wir sind in einem Gefängnis angekommen. Es gibt für Flüchtlinge keine Bewegungsfreiheit in Deutschland. Die meisten Deutschen wissen das nicht. Aber das Recht auf freie Bewegung ist ein grundsätzliches. Deshalb machen wir es zu einem zentralem Punkt in unserem politischen Kampf. Wenn ein Flüchtling deutschen Boden betritt, wird er sofort kriminalisiert. Es werden Fingerabdrücke genommen, man kann nicht gehen, wohin man will. Asylbewerber sind hier Kriminelle. All das ist Rassismus, und er ist ein spezifisch deutsches Problem. Wir wollen den Deutschen zeigen, dass rassistische Traditionen hier fest verankert sind. Ich will nicht sagen, dass es in anderen Ländern keinen Rassismus gibt, aber in Deutschland ist er besonders schrecklich.

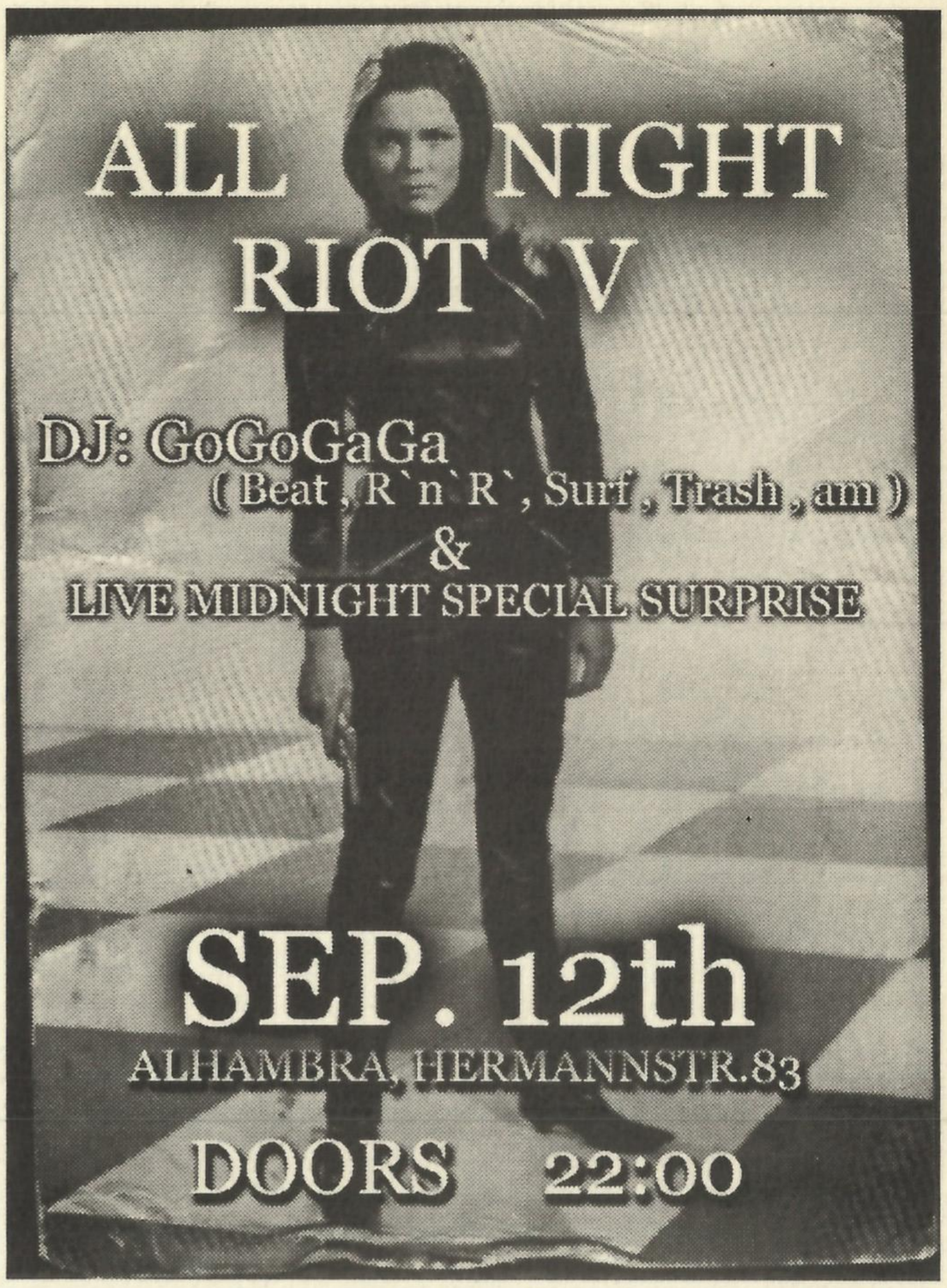
Bietet die aktuelle Aufregung über Rechtsradikale Chancen, etwas zu verändern?

Wir sind noch neugierig. Es bleibt abzuwarten, was das alles bedeutet. Es gibt so viel Propanganda gegen Flüchtlinge. Die Doppelpass-Diskussion zum Beispiel diente auch nur dazu, das Flüchtlingsproblem zu verschleiern, indem ein modernes, weltoffenes Deutschland konstruiert wurde. Ich traue dem deutschen Staat nicht zu, ernsthaft etwas zu ändern.

Manche sagen, die EU sollte Sanktionen gegen Deutschland erlassen.

Es ist natürlich nicht möglich, Deutschland wegen seiner Flüchtlingspolitik zu isolieren. Jörg Haider redet über die Festung Österreich. Das ist dasselbe wie die Festung Europa, also europäische Normalität. Es gibt zum Beispiel eine Konvention innerhalb des Lomé-Abkommens zwischen der EU und einigen afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, die diese Staaten verpflichtet, Flüchtlinge, deren Herkunft nicht klar ist, aufzunehmen. Dafür haben diese Länder Kredite bekommen. Das bedeutet, dass es Deportationen von illegalen Immigranten in Länder geben kann, aus denen sie gar nicht kamen. Das ist europäische Flüchtlingspolitik: Alle Europäer machen dasselbe wie Haider, auch wenn er etwas militanter wirkt. Haider ist überall, besonders in Deutschland.

aus: Nr. 33 9.8. 00 der Junge Welt



Waffenstillstand, strategischer Wechsel und das Projekt "demokratische Türkei" der PKK

Eingeladen sind
ein Vertreter der Demokratischen Union Kurdistans YDK, der Schriftsteller, Politologe und Mitbegründer der ÖDP (Partei für Freiheit und Solidarität, TR) Mahir Sayin, ein Anwalt Abdullah Öcalans und Hans Branscheidt von medico international. Moderiert wird die Veranstaltung von der Journalistin Karin Leukefeld.

Eine Veranstaltung von
Informationsstelle Kurdistan (ISKU),
Freunde des kurdischen Volkes Hamburg, Volkshaus der Türkei,
Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)

Freitag, 8. September 2000
18 Uhr
Hörsaal A,im Phil-Turm der
Universität Hamburg
Von-Melle-Park 6 (Bahnhof Dammtor)

Licht aus, Kopf an

Aus Normalisierung und staatlichem Antirassismus wird eine neue Form rassistischer Herrschaft gemischt.

von manuela bojadzijev und serhat karakayali

„Kampf den Nazis!« oder »Endlich wehren sich die Türken« - dies schrieben und forderten letzte Woche nicht etwa linke Publikationen, sondern Die Zeit und die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ). Während sich die Hamburger Wochenzeitung auf einen Appell beschränkte, berichtete die WAZ, wie Kanaken eine Diskothek stürmten, um ein paar Nazis zu verkloppen. Solche Aussagen sind derzeit nicht selten. In den letzten Wochen hat sich der Mainstream des Themas Rechtsextremismus angenommen. Für manche Beobachter scheint dies eine Art Revival zu sein. Sie fühlen sich an den Anfang der neunziger Jahre erinnert. Mitunter macht sich dabei Zynismus breit. Der staatlich organisierte »Antirassismus« wird allein als Heuchelei begriffen. Nichts ist einfacher, als den faschistischen Mob und das Asylbewerberleistungsgesetz zusammenzudenken und darin zwei verschiedene Ausdrucksformen rassistischer Herrschaft zu konstatieren. Schwieriger dagegen scheint es, den neuen Antirassismus in der gegenwärtigen Situation einzuordnen. Die falsche Frage lautet allenthalben: Was sagen und tun, wenn die Falschen das Richtige sagen? Das beredte Schweigen zur Allgegenwart rassistischer Praktiken erfordert offenbar unerbittliche Trivialisierungen. Während die einen darin nur politklimatologisches Theater erkennen wollen, vermuten andere eine Art geheimes Arbeitsbündnis zwischen Regierung und Neonazis, in welchem die extreme Rechte die Aufgabe hätte, Vollstrecker neoliberaler Politik zu sein. Im Grunde unterstellt man, dass der immer gleiche Rassismus zu Diensten ökonomischer Interessen je nach Konjunkturlage aus dem Hut gezaubert wird. Diese Metaphysik des Rassismus impliziert, dass immer die gleichen Ausschlussmechanismen die immer Gleichen unterwerfen.

Ein Blick in die jüngere Geschichte Almanyas könnte bei der Betrachtung der aktuellen Misere des Antirassismus nützlich sein. Vor knapp zehn Jahren, im November 1992, kurz nachdem Helmut Kohl den Staatsnotstand wegen der Asylbewerberzahlen angedroht hatte, ebneten Staatsapparate und Zivilgesellschaft mit der Lichterkettenaktion der Abschaffung des Asylrechts den Weg. Diese Form eines staatlichen Antirassismus war somit in ein konkretes politisches Projekt eingebettet und wurde deswegen von der Linken - bis in liberale Milieus hinein - scharf kritisiert.

Mit der Lichterketten-Politik wurde ein Paradigma der Kopplung von Humanitäts-Tamtam und rassistischer Ausschließung in die Welt gesetzt, das für viele Linke geradezu traumatisierende Effekte hatte. Die Zeitung Antirassistischer Gruppen weist bis heute darauf hin, dass eingereichte Texte bitte nicht mit den Worten »Seit der Abschaffung des Asylrechts ...« beginnen sollten.

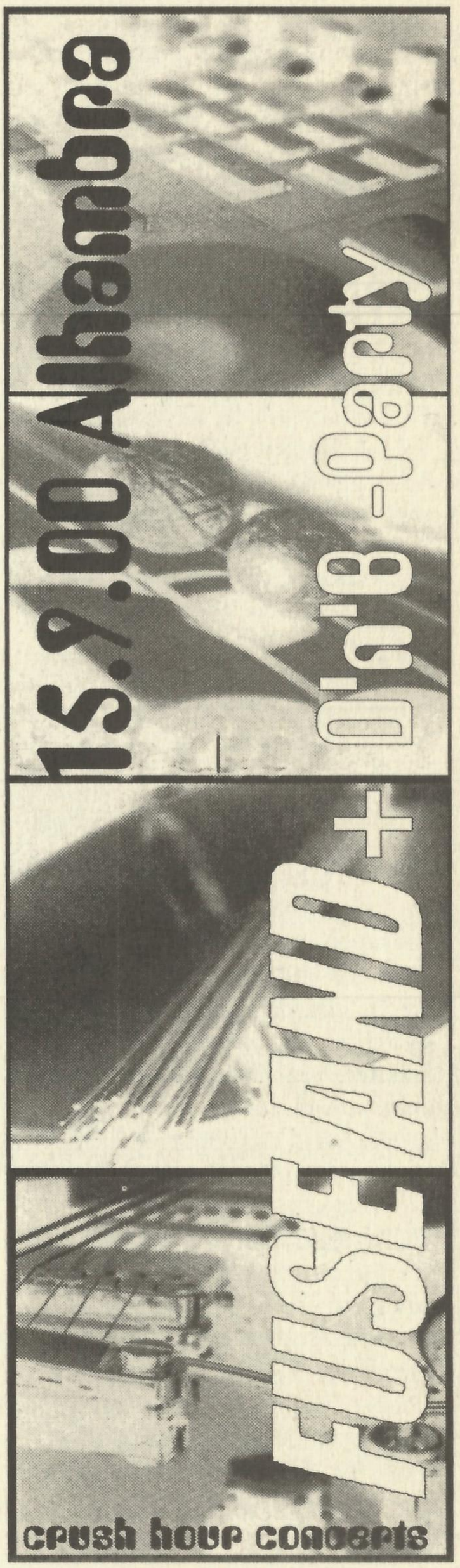
Man wird den Eindruck nicht los, dass der Lichterketten-Humanismus wieder auferstanden und der Antirassismus künstlich neu beseelt worden ist. Der Unterschied zu damals ist jedoch, dass die Anti-Nazi-Kampagne heute nicht vordergründig im Kontext einer Abschottungspolitik und offenkundiger rassistischer Diskurse, sondern vor dem Hintergrund der gerade entfachten Einwanderungsdebatte stattfindet. Das Intro dafür lieferte die Greencard-Diskussion.

Die Entwicklung vollzieht sich unter anderen Vorzeichen: Man kriminalisiert nicht mehr Ausländer und ihren Widerstand, sondern übt für eine modernisierte Poli-

tik rassistischer Stratifikation. Fremdenfeindlichkeit heißt jetzt vermehrt Rassismus, die Einzeltäter von damals haben sich organisiert. Der Feind steht eindeutig rechts. Die Versuche der CDU, den Linksextremismus ins Spiel zu bringen, waren weitgehend erfolglos.
Über symbolpolitische Aktivitäten hinaus soll der Rechtsextremismus jetzt von BGS, Geheimdienst, Sonderermittlungsgruppen bis hin zu Bürgerinitiativen bekämpft werden. Nachdem Gerhard Schröder das »Übel« zur Chefsache erklärt hat, konzipieren diese Vereine vermutlich demnächst Blaupausen für einen neuen Antirassismus. Während der Gegner ein klassisches Terrain der Linken und der Migrantinnen und Migranten besetzt, setzt so mancher alle Kniffe der Ideologiekritik ein, um den Herrschenden die Maske vom Gesicht zu reißen.
In der Berliner Republik sind Politiker, die multikulturalistische Einstiegsliteratur jahrelang unter ihr Kopfkissen gelegt haben, zu Mitgliedern der Regierung geworden. Dort basteln sie an einer geistig-moralischen Wende. »Berliner Republik« ist dabei ein wichtiges Stichwort, um trotz Rassismus und Nationalismus eine stabilisierte Demokratie zu signalisieren.
Anfang der neunziger Jahre hatte die antirassistische Szene noch debattiert, ob sich die Bonner Republik nicht zu einer Weimarer entwickeln werde. Die Warnung vor der deutschen Geschichte ist auch im Bundesrat zumindest benannt worden. Die Parteien der Renationalisierung nutzten damals den Verweis dazu, die tiefe Demokratieverankerung zu betonen. So wird eine Skandalisierung durch den Faschismusvergleich endgültig über eine neue Form der Nationalisierung via Walser-Debatte, Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts oder den Krieg gegen Jugoslawien ad absurdum geführt. Aus Normalisierung und staatlichem Antirassismus wird eine neue Form rassistischer Herrschaft gemischt. Insofern konzentriert sich die von den Grünen eingeleitete zivilgesellschaftliche Diskussion auf die Erneuerung des gesellschaftlichen Konsenses. Es ist daher nicht verwunderlich, dass dieser Widerstand gegen rechte Gewalt sich immer wieder selbst so darstellt, als ziele er auf das Allgemeinwohl, als stünden die Regierenden außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse.
Diese Art von Antirassismus will also alle, die nicht mehr rassistisch sein sollen, einer autoritären Führung unterstellen. Während noch Anfang der neunziger Jahre seine Existenz mit dem verharmlosenden Begriff der Fremdenfeindlichkeit individualisiert wurde, desartikuliert der herrschende Begriff von Rassismus dessen gesellschaftliche Alltäglichkeit.
Ein weiterer Grund für die Verwirrung liegt darin, dass das Verhältnis von Rassismus und Kapitalismus weder in der Theorie noch in der Praxis von Linken oder gar von Migrantinnen und Migranten bestimmt wurde. Ulrich Beck hat jüngst in der Süddeutschen Zeitung eine relativ seltene Position vertreten. Er stellte der Mobilität des internationalen Kapitalmarktes die Migration der Flüchtlinge entgegen. Warum kein Gesetz fordern, das es Arbeitskräften ebenso gestattet, ihre Arbeitskraft - wo immer sie wollen -zu investieren?
Was Beck jedoch nicht erklärt, sondern nur verwundert konstatiert, ist, warum etwa jemand, der ein Unternehmen gründen will, ohne weiteres eine US-Greencard bekommt, während Arbeitskräfte prinzipiell als Belastung der nationalen Ökonomie angesehen werden. Seine vorwitzige Idee bleibt rhetorischer Gag, solange das Verhältnis von Kapital, Staat und Arbeit, also die kapitalistische Vergesellschaftung des Volkes als Nation nicht reflektiert wird. Deshalb bleibt seine Kritik appellativ und moralisierend.
Wenn es nicht gelingt, dem neuen staatlichen Regime etwas anderes als den Vorwurf der Bigotterie oder Halbherzigkeit entgegenzusetzen, bleibt ein linker Antirassismus hilflos. Wer vor kurzem noch die Untätigkeit der Staatsapparate gegenüber Nazis als Beweis für deren Rassismus anführte, findet jetzt neue Argumente, dreht sich dabei aber im Kreis. Der Wille, nicht vereinnahmt zu werden, verdeckt, worauf es ankommt.
Die Frage bleibt, wie eine nicht exklusive Vergesellschaftung von denen, die in nicht-garantierten Verhältnissen leben, erkämpft werden könnte. Eine Strategie, die materiellen Grundlagen des Rassismus anzugreifen, könnte darin bestehen, in künftigen Debatten, beispielsweise um ein Einwanderungsgesetz, nicht nur das Recht auf Migration, sondern auch gleiche Rechte für Einwanderer und Niedergelassene unabhängig von irgendwelchen Arbeitsgenehmigungen zu fordern.
Das aber erfordert einen Perspektivwechsel. Ausgehend von Erfahrungen des linken und migrantischen Widerstandes muss eine Auseinandersetzung um die Frage geführt werden, was wir vom bisherigen Antirassismus behalten wollen. Eine vorläufige apodiktische Antwort lautet: Im Zentrum stehen die Interessen von Migrantinnen und Migranten. So ändert sich nicht nur das Subjekt des Antirassismus, sondern auch der Antirassismus selbst.Gelingt das nicht, ist die antirassistische Praxis weiter dabei, sich zwischen Stilllegung und voluntaristischem Aufruf nach Veränderung einzuschließen.

Jungle World

23. August 2000
Ausgabe 35

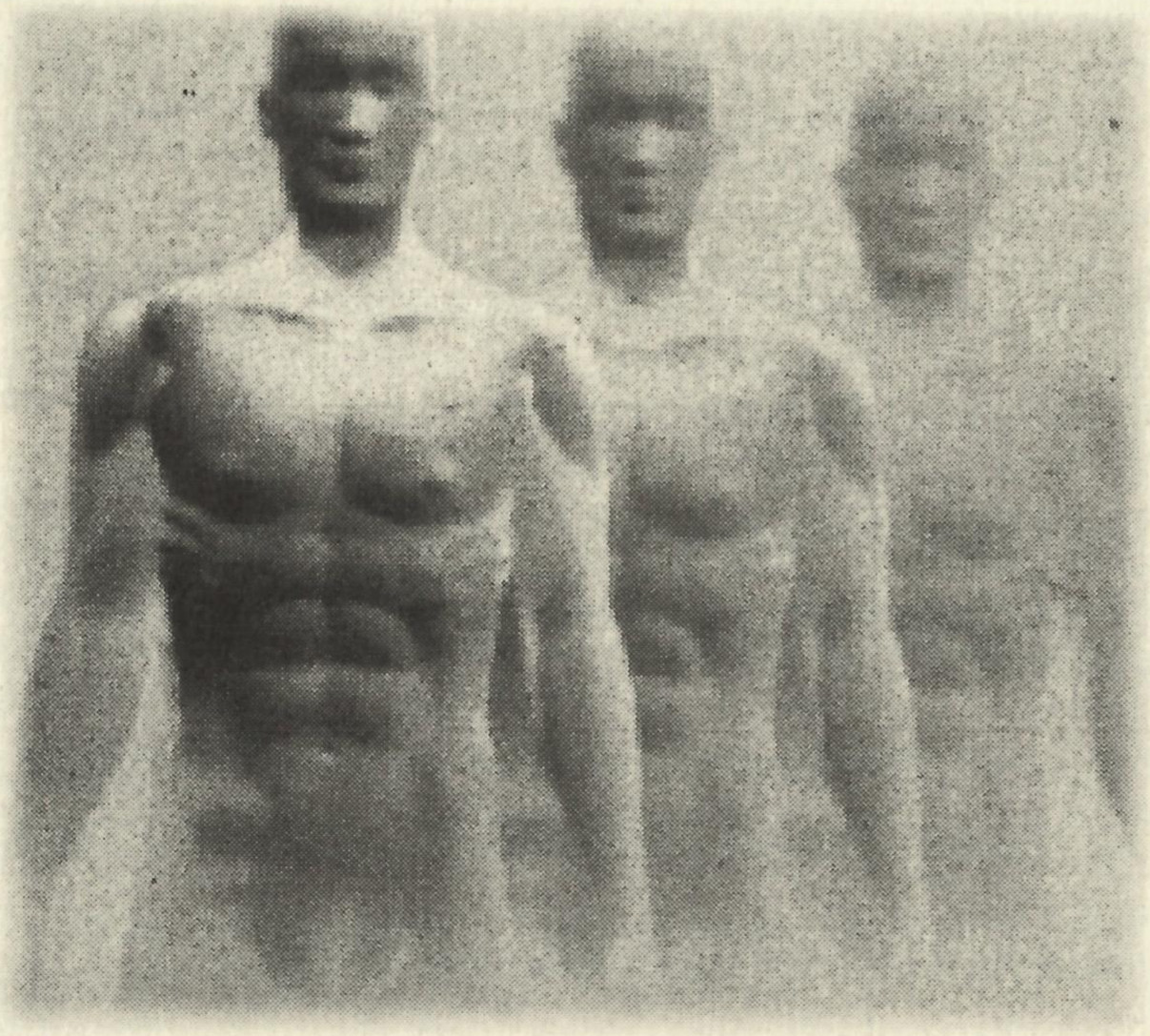


Gegen die bevölkerungspolitischen Katastrophenszenarien und Machbarkeits-phantasien der Expo - TechnokratInnen

- UNSERE ZUKUNFT SIEHT ANDERS AUS!

Erklärung des bundesweiten Netzwerks „Frauen gegen Bevölkerungspolitik"

„Ohne eine problemadäquate Thematisierung des Weltbevölkerungsproblems wäre die EXPO 2000 aus meiner Sicht keine eigentliche Weltausstellung" - so der EXPO-Beauftragte der Deutschen Bundesstiftung Umwelt Ansgar Holzknecht 1995 auf einem Symposium der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung. Seine Hoffnungen haben sich erfüllt. Nachdem schon die Kampagne zum Tag der 6-Miliarden im Oktober 1999 vor einer drohenden „Überbevölkerung" warnen sollte, steht auch die EXPO 2000 ganz im Zeichen bevölkerungspolitischer Katastrophenszenarien. Das Konstrukt der Bevölkerungsexplosion zieht sich wie ein roter Faden durch alle Themenparkbereiche der EXPO. Die Ausstellungsmacherinnen halten es dabei noch nicht einmal für notwendig, zu erklären, warum und wie sie die heutige oder zukünftige Zähl von Menschen als Problem definieren und berechnen. Sie verzichten auf tiefergehende Erläuterungen und arbeiten lieber mit plakativen Metaphern, die das Problem Mensch dem Menschen näher bringen soll: mal sind es im „Themenparkbereich Mensch" Wellensittiche, die schön getrennt nach Entwicklungsland, Schwellenland und Industrieland in drei verschiedenen Käfigen demographische Prognosen verdeutlichen sollen; mal sind es im „Themenparkbereich Ernährung" Heuschrecken hinter einer Glaswand, die wie ein biblischer Schrekken über die Welternährungsvorräte herfallen.

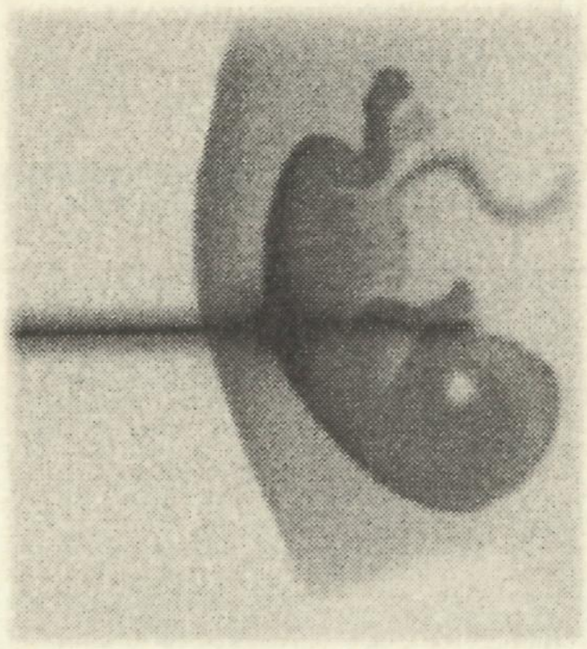


Es ist nicht zufällig, dass die Behauptungen über ein Zuviel an Bevölkerung bei der EXPO anscheinend am Höhepunkt ihrer Karriere angelangt sind - nachdem sie noch in den 70er Jahren international mehr als umstritten und gerade in Deutschland aufgrund der bevölkerungspolitischen Geschichte lange kontrovers diskutiert wurden. Die Umsetzung des EXPO-Mottos „Mensch-Natur-Technik" blendet gesellschaftliche Strukturen aus und reduziert Wirklichkeit auf ein rein statistisches Verhältnis zwischen verschiedenen Größen. Mittels dieser Berechnungen und Beschwörungen werden dann die komplexesten, politisch und sozial bedingten Probleme als technisch manipulierbar dargestellt - der Fortschrittsglaube ist ungebrochen, wenn die EXPO sich per Attitüde auch hie und da von technikverherrlichenden Ansätzen geläutert gibt. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Fragen werden so zu Bevölkerungsfragen - Bevölkerungspolitik zu einem Anpassungsinstrument der Biomasse Mensch an den gesellschaftlichen Status quo. Eine zentrale Rolle in diesem Gerede über das Problem Weltbevölkerung spielt das herrschende Ökologieverständnis: Nicht Produktionsweisen, zerstörerische Großprojekte oder gar die Verteilung der Ressourcen werden zum Problem gemacht -sondern die Bevölkerung in südlichen Ländern zum eigentlichen bedrohlichen Faktor erklärt,

„Wer gegen Gentechnik ist, macht sich Mitschuld am Hunger der Welt." *[Birgit Breuel)* Ist die Zahl von Menschen erst einmal als Ursache von Krisenphänomenen - wie z.B. Hunger - für selbstverständlich erklärt, ergibt sich daraus nur die Frage nach (gen-) technischen Lösungen. In diesem Fall Ertragssteigerung, wie es schon seit den 1950er Jahren mit der Grünen Revolution versucht wurde oder auch heute mit „Vitamin-A-Reis", präsentiert im „Chemidrom" des Themenparkbereiches „Mensch", Der Hunger der Menschen steht allerdings nur als werbewirksames Mittel im Vordergrund. Die Ehe von Bevölkerungsstrategen und Gentechnokraten konnte nicht besser gelingen als über diese anscheinend humanitäre Gentechnologie, die gepaart mit wirksamen (humanitären) Bevölkerungskontrollmaßnahmen das Elend der Welt lindern soll. Ganz in diesem Sinne: Wer

den Panikmacher „Überbevölkerung"erst mal verinnerlicht hat, ist auch leicht zu überzeugen, dass Gentechnologie notwendig ist.

Kind: „Ich hätte lieber ein Schwesterlein!" Mutter: „Doktor, kriegen wir das hin?" *[aus einem Radiowerbespot der Expo)*



Bevölkerungspolitik ist per Definition eine staatliche oder supranationale Politik, die auf die Kontrolle über die Quantität und/oder die wie auch immer definierte „Qualität einer Gesamtbevölkerung abzielt. Die bevölkerungspolitische Praxis beinhaltet eine Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frauen und eine selektive Entscheidung darüber, wer das Recht hat zu leben - nach Kriterien wie Klasse, Rasse/Ethnizität, Behinderung oder Geschlecht. Scheinen im internationalen Kontext im allgemeinen Quantitäten im Vordergrund zu stehen, so werden diese jedoch immer wieder begleitet von einer selektiven und qualitativen Bevölkerungspolitik: So wird in den hübschen weltweiten EXPO Projekten zur Lösung des mengenmäßigen Bevölkerungsproblems nicht die Sterilisation der Mitglieder der männlichen weißen Mittelschichtklasse vorgeschlagen, sondern an die Verhütungspflicht von armen Frauen aus dem Süden appelliert. Parallel dazu darf sich ein Paar -weiß, heterosexuell, jung und modern - mittels Laptop ihr Wunschkind zusammenstellen und, für den Fall einer Scheidung, auch noch klonen- noch ein fiktiver Film im Themenparkbereich „Mensch".

Mehr Bildung = weniger Kinder? Oder: Was haben Mathematik und Empowerment gemeinsam?

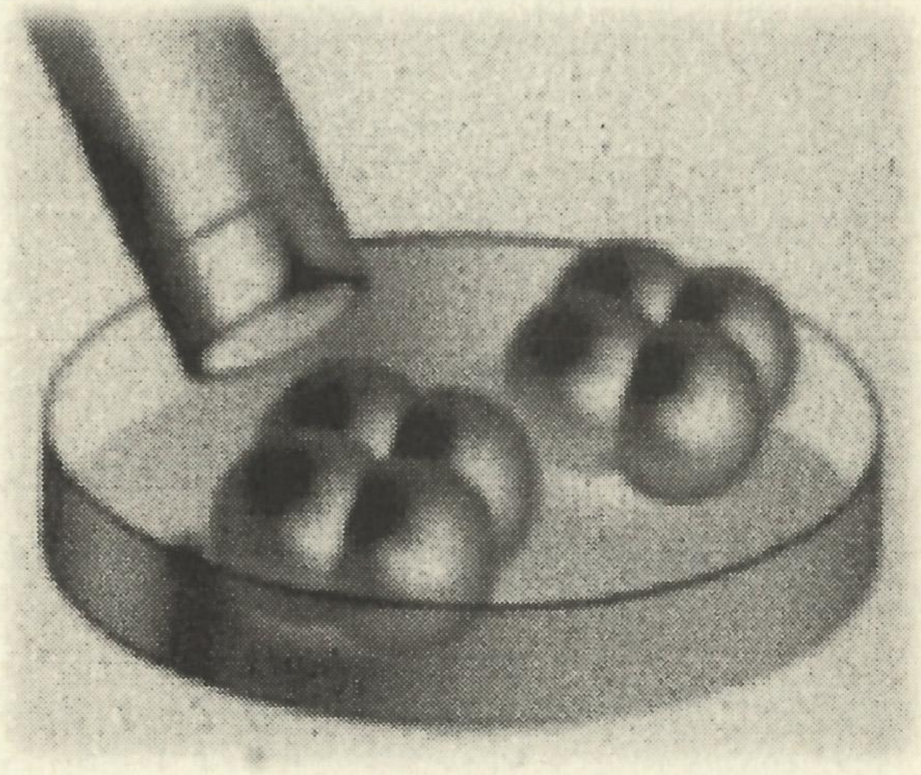
Bevölkerungspolitik ist nicht - wie so oft und gerne behauptet - identisch mit selbstbestimmten Möglichkeiten der Geburtenkontrolle für Frauen, sondern gibt gesamtgesellschaftlichen Zielen der Menschenökonomie die Priorität vor individuell bestimmten Entwicklungen. Die im bevölkerungspolitischen Sprachgebrauch immer wieder betonte Frauenförderung ist ein reines Kosten-Nutzen-Kalkül, das nichts mit den Interessen der Frauen zu tun hat, sondern rein der Legitimation von Bevölkerungspolitik dient. Durch das „feministische" Facelifting der Bevölkerungspolitik seit der Weltbevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo ist in Vergessenheit geraten, dass die internationalen Frauenbewegungen einmal grundsätzlich dagegen angetreten sind, die Entscheidung für oder gegen Kinder in irgendeiner Art und Weise staatlichen Zugriffen zu unterwerfen. Begriffe der Frauenbewegung, wie Empowerment oder Selbstbestimmung, wurden inzwischen von bevölkerungspolitischen Diskursen vereinnahmt verwässert und umgedeutet. Arrogant wird die Lebensrealität von der überwiegenden Mehrheit aller Frauen auf das Konstrukt der „Dritte-Welt-Frau" reduziert, die durch Verhütungsmittelprogramme aus dem Zustand des Unwissens, der Armut, der Verantwortungslosigkeit und der patriarchalen Abhängigkeit erlöst werden soll. Frauenbewegungen haben Begriffe wie Empowerment oder Selbstbestimmung politisch entwickelt um Geschlechterhierarchien und geschlechtliche Arbeitsteilung anzugreifen. Diese Begriffe dürfen nicht für staatliche und bevölkerungspolitische Interessen vereinnahmt werden!

Alles frauenfreundlich, oder was?

Trotz dieses seit Kairo anscheinend frauenfreundlichen, beschützenden Tonfalls in der Bevölkerungspolitik zeigt sich, dass feministische Forderungen an vielen Punkten unvereinbar mit den demographischen Zielen der Bevölkerungspolitik sind. Die Programme geben weiterhin offen oder verdeckt Zielquoten vor, wie viele Kinder Frauen gebären sollen, wie viele Frauen sterilisiert werden sollen/ wie viele Frauen gesundheitsschädliche Langzeitverhütungsmethoden gebrauchen sollen. Zielquoten, die immer wieder in verschiedene Formen des Zwangs münden: Sei es, dass in Peru Lebensmittelhilfen von einer Sterilisation abhängig gemacht wurden, oder dass in Bangladesh Frauen verweigert wurde. Hormonimplantate wieder herauszuoperieren. Andererseits gibt es feministische Bewegungen, die sich gegen Experimente zum Zwecke der effektiveren technischen Kontrolle der Fortpflanzung zur Wehr setzen - so die Kampagne gegen Forschung an immunologischen Verhütungsmitteln.

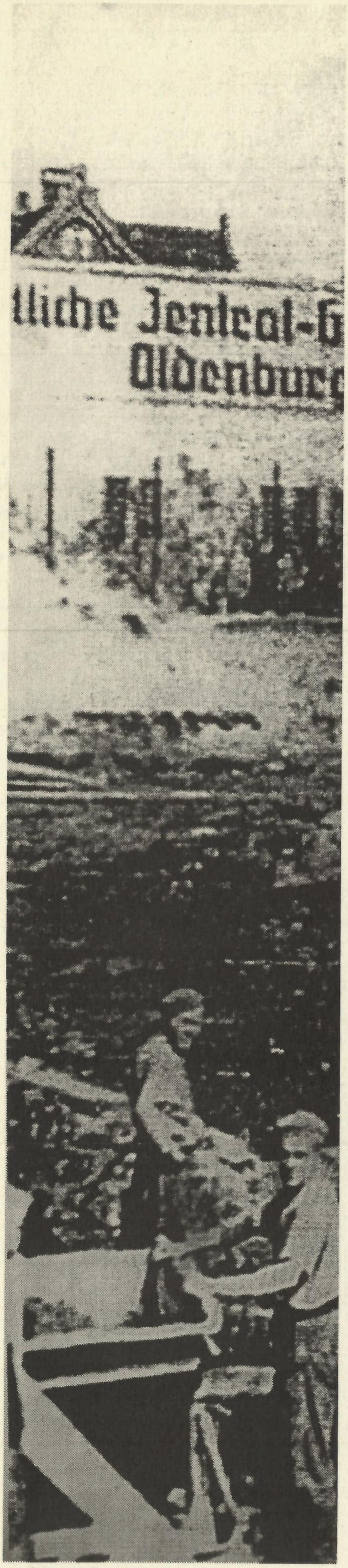
Nicht mit uns!

Wir fordern dazu auf, gegen die menschenverachtende Bevölkerungskontrollpolitik und deren Vermarktung auf der EXPO 2000 zu protestieren! Das technokratische Weltbild der EXPO hat nichts mit der Lebensrealität der meisten Menschen zu tun! Dieses Weltbild abstrahiert von jedem konkreten historischen, lokal und sozial differenzierten Wissen. Es entwirft ein planetarisches Modell, das dann von den Schaltzentralen der Regierungen, Konzerne oder auch Nichtregierungsorganisationen der Industrieländer durch Einsatz von Technologien als handhabbar dargestellt wird. Alle Menschen/die nicht in dieses Modell passen, erscheinen als überflüssige, bedrohliche Masse. Das angebliche Problem Bevölkerungswachstum und seine Lösung kann keine objektive wissenschaftliche Debatte sein, da diese Problemkonstruktion immer bestimmt ist von Machtinteressen: Es geht um die Manipulation von Menschen; es geht um die Reduktion der Menschen auf eine statistische Größe und die Frage, wer gebraucht wird und wer nicht - und es geht darum, nicht die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Formen der Ressourcenaneignung in Frage zu stellen, sondern die Menschen selbst zur anpassungsfähigen Ressource zu machen, Wir protestieren gegen die Entscheidung für oder gegen Kinder als Zielscheibe politischer und technologischer Manipulatio-



nen! Keine Zwangsmaßnahmen an Frauen! Frauenförderung muss Selbstzweck sein! Wir schließen uns der Resolution des internationalen feministischen Treffens in Bangladesh an: „Menschen sind keine Bevölkerung -Bevölkerungskontrolle NEIN!"

Frauen gegen Bevölkerungspolitik



Im folgenden dokumentieren wir einen Ankündigungstext zu einer am 30. August stattgefundenen Podiumsdiskussion zum Thema:

Schulden der Vergangenheit

Die Staat Oldenburg und ihre ZwangsarbeiterInnen

In Oldenburger Betrieben, öffentlichen Einrichtungen und privaten Haushalten wurden während des Nationalsozialismus Tausende Männer, Frauen und Kinder, unter ihnen viele Kriegsgefangene, zur Arbeit gezwungen. An der Organisation des sogenannten „Fremdarbeitereinsatzes" waren viele kommunale Behörden beteiligt, so das Arbeitsamt, das Ordnungsamt, das Gesundheitsamt und das Bauamt. Sie waren für die Erfassung, Verteilung und Überwachung der Arbeitskräfte zuständig. Einsatzbereiche der ZwangsarbeiterInnen waren der Bau der Umgehungsstraße, Erd- und Moorkultivierungsarbeiten, Bunkerbau etc.
Privathaushalte und Finnen profitierten unmittelbar von der skrupellosen Ausbeutung: Energieversorgung (EWE), Bauunternehmen Ludwig Freytag, Otto Lieke Tiefbau, Carl Wilhelm Meyer, Rheinumschlag, Stalling, Warpspinnerei und viele andere.
(Eingeladen waren VertreterInnen der Ratsfraktionen, Manfred Klöpper,DGB Pastor Dieter Qualmann, Ev. Kirche)

BRD kauft sich frei von Entschädigung

Im Juli 2000 wurde das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" beschlossen. Mit diesem Gesetz ist nach über 50 Jahren erstmals eine Entschädigung Für Menschen in Sicht, die wahrend des Nationalsozialismus als Zwangsarbeiterinnen in das Deutsche Reich verschleppt wurden. Mit diesem Gesetz will die Bundesrepublik Deutschland aber vor allem ein „abschließendes finanzielles Zeichen" unter jegliche Forderungen auf Entschädigung setzen und „Rechtssicherheit" für deutsche Unternehmen vor Gerichtsklagen auf „weitergehende Ansprüche" garantieren.

Erst auf internationalen Druck hin, der u.a. in Sammelklagen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Boykottaufrufen gegen deutsche Unternehmen in den USA bestand, wurden Gespräche über die Entschädigung von Zwangsarbeit aufgenommen. Während der Verhandlungen und der Ausarbeitung des Gesetzes versuchten Vertreter der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung, den „Rechtsfrieden" möglichst billig zu sichern, d.h. einen möglichst geringen Betrag für alte noch lebenden Verfolgten festzulegen, um damit sämtliche Ansprüche für immer abzuwehren. Sie profitieren jetzt zusätzlich davon, daß nach mehr als 50 Jahren nur noch etwa zehn Prozent der früheren Zwangsarbeiterinnen

am Leben sind* Mit einem Gesamtbetrag von 8, I Mrd. Mark. der für die unmittelbare Entschädigung von Zwangsarbeit bereitgestellt wird und nach § 11 des Gesetzes auf verschiedene „Opfer-Kategorien" aufgeteilt werden soll, entledigt sich die BRD den individuellen Forderungen von Menschen, die unter permanenter Todesdrohung ausgebeutet wurden und mit ihrer Arbeit den Grundstock für den raschen Wiederaufstieg des Wirtschaftsstandortes Westdeutschland und das sogenannte „Wirtschaftswunder" legten.
Eine angemessene Entschädigung müßte ein Vielfaches des angebotenen Betrages betragen, denn sie würde die Nachzahlung vorenthaltener Löhne und Kompensationen für gesundheitliche Schäden und Folgeschäden beinhalten. Prof. Thomas Kuczynski errechnete die Lohnschulden von deutschen Unternehmen und der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches. Den 10 bis 14 Millionen aus ihren Heimatländern rekrutierten Zwangsarbeiterinnen stehen nach heutigem Maßstab mindestens 180,5 Mrd. DM an nachzuzahlenden Löhnen zu.
Vor diesem Hintergrund enttastet das Stiftungsgesetz einseitig die Täter und verhöhnt die Opfer, da die bereitgestellten Beträge viel zu gering sind und eine Verzichtserklärung der Opfer auf weitergehende Ansprüche zur Voraussetzung haben. Darüber hinaus müssen die früheren Zwangsarbeiterinnen nachweisen, daß und unter welchen Umständen sie deportiert und zur Arbeit gezwungen wurden. Diese Nachweise und die Anträge müssen innerhalb von acht Monaten vorgelegt werden, was angesichts vernichteter oder nicht auffindbarer Akten und der zu erwartenden Überlastung deutscher Behörden, die diese Belege ausstellen, einen erheblichen Druck auf die ehemals deportierten und skrupellos ausgebeuteten Menschen ausüben wird. Sollten die Dokumente, die den Einsatz als ZwangsarbeiterIn in deutschen Betrieben, kommunalen Einrichtungen oder Privathaushalten bezeugen, nicht vorhanden sein, können viele der früheren Zwangsarbeiterinnen keine Ansprüche geltend machen.

Initiative für die Entschädigung Oldenburger NS-ZwangsarbeiterInnen

Auch nach der Verabschiedung des Gesetzes ist nicht absehbar, ob alle betroffenen Personen Zahlungen aus dein Stiftungsfonds erhalten werden. In dem Stiftungsgesetz sind Kriterien festgelegt worden wie: Haftbedingungen, Unterbringung. Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität usw., nach denen die Forderungen bewertet werden. Deshalb können möglicherweise Personen, die in Oldenburger Privathaushalten arbeiten mußten, keine Entschädigung erhalten,

Der nationalsozialistische Zwangsarbeitereinsatz ist ein nicht zu leugnender Teil der Oldenburger Geschichte. Die Bundesregierung hat auf Drängen der Kommunen und einzelner Landesregierungen die Städte und Gemeinden von einer Beteiligung am Stiftungsfonds befreit. Unserer Meinung nach besteht jedoch gegenüber den ehemaligen Verfolgten eine direkte und konkrete Verantwortung, der sich die Stadt nicht entziehen darf, zumal der Einsatz von ZwangsarbeiterInnen in Oldenburg seinen Ausgangspunkt beim Bau der Umgehungsstraße nahm, der maßgeblich von städtischen Behörden verantwortet wurde.

Wir fordern deshalb die Einrichtung eines stadteigenen Fonds wie z.B. in Darmstadt, München und Frankfurt/M., zu dem alle Unternehmen und Betriebe und auch die Stadt Oldenburg sowie Privathaushalte und Privatpersonen ihren Beitrag leisten. Die Entschädigung soll unabhängig von den Bestimmungen des Stiftungsgesetzes geschehen, vielmehr sollen alle ehemaligen ZwangsarbeiterInnen die ihnen vorenthaltenen Löhne erhalten. Um die schnelle und kompetente Bearbeitung der zukünftig zu erwartenden Auflagen und Nachweisen zu gewährleisten, wäre die Einrichtung zusätzlicher Stellen in den Archiven der Stadt notwendig.
Wie der Deutsche Städtetag empfohlen hat, ist dabei auf eine möglichst großzügige Beantwortung der Anfragen zu achten. Darüber hinaus wäre die Einrichtung einer Stelle für die längst überfällige umfassende Bestandsaufnahme der Zwangsarbeit in Oldenburg notwendig. Diese konnte bisher nicht durchgeführt werden, da viele Firmen, die Stadt und öffentliche Einrichtungen ihre Archive nicht vollständig geöffnet haben. Der Einsatz von ZwangsarbeiterInnen soll ermittelt und dokumentiert werden, so daß ehemalige Zwangsarbeiterinnen ausfindig gemacht werden können, um ihnen selbständig Entschadigungszahlungen zu leisten.
Die Informationen sollen öffentlich zugänglich sein und dazu dienen, den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen die Nachweise über ihren Einsatz zur Verfügung zu stellen. Die Daten sollen umgehend den zuständigen Archiven, den Partnerorganisationen und der Bundesstiftung übermittelt werden.

Bei der Podiumsdiskussion, zu der Vertreterinnen der Ratsfraktionen, der Gewerkschaft und der Evangelischen Kirche eingeladen sind, soll über die Oldenburger Entschädigungspolitik und die Forderungen der Initiative diskutiert werden.

Nähere Informationen:
Initiative für die sofortige Entschädigung von Oldenburger ZwangsarbeiterInnen wahrend des Nationalsozialismus
c/o „Dritte Welt" Informationszentrum,
Auguststraße 50, 26121 Oldenburg.

Antirassistisches Grenzcamp

Innerhalb des 3. antirassistischen Grenzcamps der Kampagne 'Kein Mensch ist illegal', welches vom 29. Juli bis 6. August 2000 in Forst / Brandenburg stattfand, haben sich in Form mehrerer Diskussionsveranstaltungen und Arbeitsgruppen Teilnehmende mit linker/linksradikaler Identität und der Frage nach politischer Organisierung auseinandergesetzt; im Vorfeld des Camps hat es aus der Vorbereitungsgruppe heraus den Versuch gegeben, Sexismus als Thema für das Camp zu etablieren. Wir dokumentieren folgenden Text, der zuerst im Internet unter http://www.nadir.org/camp/index.de.html veröffentlicht wurde (hier sind auch eine Menge anderer spanndender Diskussionen und Artikel zu finden).

Zur Geschlechterfrage

Wir verstehen Geschlecht als - sehr solide - soziale Konstruktion: als Existenzweise. Geschlecht ist eine komplexe Verbindung verschiedener historisch entstandener Denk- und Gefühlsweisen, Körperpraxen, gesellschaftlicher Verhältnisse und Institutionen: eine historisch bestimmte Art und Weise zu existieren.* Wir finden es richtig, sich auf die eigene (Geschlechts-) Identität politisch zu beziehen, solange man(n) im Auge behält, daß diese Identität weder einheitlich noch natürlich ist. Unser politisches Ziel ist nicht die Verbesserung, sondern die Abschaffung von Geschlecht. Deswegen kann es für uns keinen positiven Bezug auf Männlichkeit geben (was nicht bedeutet, daß alle als männlich codierten Eigenschaften immer und in jeder Form schlecht sein müssen).
Irgendeine -möglichst „andere" - Männlichkeit zu leben erscheint uns als pragmatische Notwendigkeit. Versuchen, transgender, tendenziell jenseits der Geschlechter zu leben, stellen sich massive, in vielen Gegenden der Welt praktisch unueberwindliche, politische, oekonomische und psychische Widerstaende entgegen. Ein voelliger Ausstieg aus dem System Geschlecht ist unter den gegebenen Bedingungen genausowenig moeglich, wie eine klassenlose oder nicht rassifizierte Existenz zu fuehren. Dennoch haben wir den Anspruch, unsere persönlichen/politischen Bemühungen auf die Subversion von Männlichkeit auszurichten: Es geht um Entmännlichungsstrategien.

Die gegenwärtig stattfindende (ansatzweise) Lockerung des Zusammenhangs von biologischem Geschlecht (sex) und sozialem Geschlecht (gender) begreifen wir als ambivalente Entwicklung. Wir sind nicht so naiv zu glauben, ein paar Hausmänner und Gl Janes und ein wenig crossdressing in der Metropole stellten schon die Grundstrukturen globaler patriarchaler Ausbeutung und Herrschaft in Frage. Im Gegenteil, der schöne Schein der neuen Geschlechter-Unübersichtlichkeit dient auch dazu, über die andauernde Stabilität der patriarchalen Verhältnisse hinwegzutäuschen.
Dennoch sehen wir in der real stattfindenden Flexibilisierung von Geschlecht einen Ansatzpunkt für antipatriarchale Politik. Die Ambivalenz der Entwicklung besteht darin, daß sie, obwohl sie das Potential zum radikalen Bruch mit der patriarchalen Geschlechterordnung in sich trägt, viel wahrscheinlicher dabei ist, in eine bloße Modernisierung zu münden. Was passieren wird, entscheiden die sozialen Kämpfe der Gegenwart.

Weil unsere Existenz als Männer eine solide gesellschaftliche Tatsache ist, betrachten wir es als sinnvoll, uns auf unsere Geschlechtsidentität politisch zu beziehen, zum Beispiel, indem wir uns in Männergruppen organisieren.
Männergruppen finden wir einerseits problematisch, andererseits gut und nützlich. Problematisch, weil sie ein Ausweichen vor der direkten Auseinandersetzung mit Frauen ermöglichen; weil sie der Stabilisierung einer leicht renovierten männlichen Identität dienen können; weil jede Männergruppe die Tendenz hat, zum Männerbund zu werden. Dies sind für uns jedoch keine Gründe, Männergruppen aufzugeben, sondern Probleme, um die man(n) sich kümmern muß.

Gut und nützlich sind Männergruppen, weil sie Prozesse persönlicher Veränderung ermöglichen, die in gemischten Gruppen durch Wut, Verletztheit oder Unverständnis zwischen den Geschlechtern oft sehr erschwert werden. Sie bieten eine Alternative zur üblichen Struktur emotionaler Ausbeutung von Frauen durch Männer und zwingen (heterosexuelle) Männer dazu, sich umeinander zu kümmern und sich auseinanderzusetzen. Sie können ein großes Potential verschütteter Wünsche nach Nähe (vor allem zwischen heterosexuellen Männern) freisetzen und damit nebenbei bei der Bearbeitung eines zentralen Strukturelements patriarchaler Vergesellschaftung, der Homophobie nämlich, nützlich sein.
Um zu vermeiden, daß Frauen Nachhilfe in feministischer Theorie geben müssen, sich konventionelle Rede- und Verhaltensstrukturen reproduzieren oder die Diskussion durch Angst vor Verletzungen gelähmt wird, halten wir es für sinnvoll, viele Debatten nicht gemischtgeschlechtlich zu führen, besonders wenn sie persönlicher werden (z.B. wenn eigene Begehrensstrukturen, verinnerlichte Schönheitsbilder u.Ä. zur Sprache kommen). Das heißt nicht, daß wir keine gemischten Debatten über Männlichkeit, Geschlecht, Patriarchat führen wollen.

Wir verstehen „AntiPat" nicht als politischen Teilbereich, den man spezialistenhaft beackern könnte. Für uns stellt sich die Geschlechterfrage in allen Politikbereichen und wir versuchen -nicht neu, aber immer wieder aktuell- den klassischen, abstrakt-männlichen Politikbegriff in Frage zu stellen. Wir interessieren uns für das spannungsreiche Verhältnis von Therapie und Politik, Ästhetik und Politik, ohne uns von den klassischen Formen öffentlicher Politik zu verabschieden.

Warum ist für uns -und ausgerechnet für uns als Männer- Geschlecht eine zentrale politische Kategorie? Und wie vermittelt sie sich mit anderen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen? Emanzipation ist nicht nur die Befreiung von äusseren, sondern auch von inneren Zwängen. Es geht nicht nur um die Veränderung von Strukturen zwischen Menschen, sondern auch in Menschen -überhaupt macht es oft keinen Sinn , zwischen Strukturen ausserhalb und innerhalb von Individuen zu unterscheiden: das ist eine bürgerliche Illusion. Emanzipation besteht auch in der Befreiung von systemkonformen Wünschen (denunziatorisch: Süchten) und der Entfaltung systemüberschreitender Wünsche.
In diesem Kontext wollen wir die Aussage verstanden wissen, daß Linksradikalität gerade darin besteht, gegen die eigenen Interessen -als Männer, als Weiße- zu handeln und für unser Verlangen nach Autonomie und Kollektivität einzutreten. Wir fänden es wichtig, daß Männer ihre Männlichkeit, Weiße ihre Weißheit, allgemein gesagt: Privilegierte ihre als normal und universell daherkommende unmarkierte Differenz zum Problem, zum Politikum machen würden. Das bedeutet nicht, den anderen ständig mit den eigenen Identitätsproblemen und -leiden in den Ohren zu liegen. Im Gegenteil, es geht um eine realistische Einschätzung der eigenen gesellschaftlichen Stellung - und für das zweifellos notwendige Betrauern der Kosten oder Leiden, die das Hineinwachsen in eine privilegierte Identität mit sich bringt, gibt es z.B. Männergruppen.

Den großen theoretischen Wurf, der weder alles Gesellschaftliche auf eine Logik reduziert, noch unterschiedliche Unterdrückungsverhältnisse bloß unvermittelt nebeneinanderstellt, haben wir leider auch nicht anzubieten. Fest steht: das patriarchale Geschlechterverhältnis muß im globalen Rahmen, integriert mit nationalen, rassistischen, ethnischen Vergesellschaftungsformen analysiert werden. Entgegen der Tendenz in manchen Fraktionen der radikalen Linken, daß Klasse einfach mega-out ist, muß sich um den Zusammenhang von Kapital und Patriarchat, Antisexismus und Klassenkampf gestritten werden. Aber weder die Thematisierung der „sozialen Frage", noch des Rassismus darf dazu führen, patriarchale Unterdrückung und Ausbeutung unterzubelichten. Jeder geschlechtsblinde Begriff von Kapital ist schlicht falsch und auch das gesellschaftliche Naturverhältnis, ganz zu schweigen von

Staat, Nation, Antisemitismus, Rassismus und Ethnizität lassen sich geschlechtsneutral nicht adäquat begreifen.

Geschlecht spielt eine zentrale Rolle bei der Organisation menschlicher Emotionalität und Körperlichkeit. Und auf die kommt es bei gesellschaftlichen Veränderungen ganz entscheidend an, denn die Zustimmung zum Bestehenden sitzt eben nicht nur im Bewußtsein, „in den Köpfen", sondern die Macht ist auch in den Körpern, im Begehren verankert. Auch aus diesem Grund ist Geschlecht für uns eine zentrale politische Kategorie.
Die reale Gefühls- und Körperfeindlichkeit auch der radikalen Linken ist ein Zeichen der patriarchalen Verfaßtheit dieser Szene. Es geht uns nicht um Gefühls- und Körperkult, hier soll keiner naiven Romantik noch bürgerlicher Kulturkritik das Wort geredet werden. Genausowenig geht es darum, den gesellschaftlich konstruierten Zusammenhang von Weiblichkeit mit Emotionalität und Körperlichkeit als natürlich hinzustellen, oder Stereotype patriarchaler Weiblichkeit (die Frau als naturnäher, gefühlvoller usw.) positiv zu besetzen. Worum es eigentlich gehen sollte, ist der Ausstieg aus den patriarchalen Dichotomien* Natur/Kultur, Körper/Geist, Gefühl/Vernunft, Weiblich/Männlich...
Wir meinen, daß zur Konstruktion einer radikalen Linken, zum Aufbau dauerhafter, widerständiger sozialer Zusammenhänge, auch ein anderer als der bisher in weiten Teilen der Politszene übliche rationalistisch-verdrängende Umgang mit Gefühlen und Körperlichkeit nötig wäre: praktisch, kritisch, materialistisch, soll heißen: die Materialität unseres Lebens bejahend.

* Das Konzept Existenzweise versucht eine begriffliche Balance zwischen gesellschaftlicher Struktur einerseits und Besonderheit der Individuen andererseits zu finden. Außerdem vermeidet ein Verständnis von Geschlecht als Existenzweise es, Geschlecht auf ein Bewußtseinsphänomen, auf ein psychisches Geschehen oder etwas den Einzelnen letztlich doch Äußerliches (z. B. „Rollen") zu reduzieren.

* damit meinen wir absolute Gegensätze, in denen ein Pol dem anderen hierarchisch übergeordnet ist

Männer aus Berlin
[03.08.2000]

Antirassistisches Grenzcamp

Antirassistisches Grenzcamp

Die Flüchtlingsorganisation „The Voice" aus Jena ist Teil der Grenzcampvorbereitung und hat mehrere Veranstaltungen für das Camp organisiert. Kurz bevor Vertreter von The Voice zum Camp angereist sind, ist eine Diskussion um sexistisches Verhalten von Flüchtlingen entstanden, v.a. aufgrund einer Email von Teilnehmerinnen des Antifa-Workcamps in Weimar, das unmittelbar vor dem Grenzcamp stattgefunden hatte und bei dem Vertreter von The Voice anwesend waren. In der Email hatten TeilnehmerInnen des Camps in Weimar einem Mann sexistische Übergriffe vorgeworfen, den sie der Gruppe The Voice zuordneten. Wir dokumentieren die Email, einen Beitrag einiger FrauenLesben, sowie eine Stellungnahme des Deligiertenplenums. Da es sich bei dem betreffenden Mann nicht um ein Mitglied der Gruppe The Voice handelte, sondern einfach um einen Menschen mit schwarzer Hautfarbe, wertet letzterer Diskussionsbeitrag diese klare Zuordnung als rassistisch und betont, dass Sexismus alle Männer angeht.

Debatte zu...

kurze info aus dem antifa-camp in weimar

am donnerstag, 27.7.00, fand eine demo + veranstaltung mit „the voice africa forum" in weimar im rahmen des „12. antifa-workcamps" statt. das thema war die rassistische flüchtlingspolitik der brd-regierung + speziell die bevorstehende abschiebung von alain georges dongmo nach kamerun.

wir zitieren aus einem flugblatt, das am folgenden tag im camp verteilt wurde:

„während die politischen aktivisten ihre situation darstellten, wurden mehrere frauen massiv mit den sätzen: „willst du meine freundin sein?" + „willst du mit mir schlafen?" angebaggert. auf dem rückweg zum zelt von der veranstaltung folgte der mann zwei frauen, versuchte sie aufzuhalten, obwohl wiederholt gesagt wurde, in mehreren sprachen, er möge sie doch in ruhe lassen. Die zwei frauen lagen dann in ihren zelten + er verschaffte sich ohne nach erlaubnis zu fragen eintritt. auf die bitten + auch späteren drohungen mit einem frühstücksmesser wurde nur mit lachen reagiert. nachdem er sich dann doch länger entfernte, entschloss sich eine der frauen, zur camp-organisation zu gehen + stellte die sachlage dar. darauf wurde dem mann von der camp-organisation zeltarrest erteilt, + um 1.00 uhr wurden sie dann nach hause nach jena geschickt."

verbale anmache von mehreren männer gab es auch schon während der demo, wie einige frauen später erzählten.

von dem als sprecher der gruppe „the voice" auftretenden mann wurde mehrfach erklärt, dass die männer nicht zu ihrer organisation gehörten, sondern von ihnen mobilisiert wurden. außerdem wurde zugesagt, dass eine stellungnahme der gruppe „the voice" an das antifa-camp folgen wird.

wir fordern von „the voice" nicht nur eine stellungnahme, sondern dass sie innerhalb ihrer gruppe + ihrem umfeld eine auseinandersetzung mit sexismus + sexistischem verhalten führen. zudem fordern wir sie auf dafür zu sorgen, dass solche übergriffe in zukunft unmöglich werden um auch in zukunft gemeinsam gegen den rassistischen staat + die rassistische bevölkerung agieren zu können.

wir halten es für wichtig euch vom grenzcamp davon zu unterrichten. wir wünschen uns im umgang mit „the voice" (aber auch anderen organisationen) eine konstruktive + solidarische kritik.

diesen brief schicken wir auch an „the voice africa forum".

für den kommunismus!
mit linksradikalen grüßen!

einige teilnehmerinnen des antifa-workcamps
[31.07.2000]

Beitrag zur Sexismusdebatte

Es ist uns vorgeworfen worden, unsere Position nicht ins Plenum zu tragen.

Dort fehlt eine Basis feministischer Positionen und die Bereitschaft, antipatriarchal zu leben. Die Struktur und der Umgang, z.B. Redeverhalten (Selbstdarstellung anstatt sachlich zu diskutieren) lassen dies nicht zu. Zudem fehlt die Bereitschaft für eine Auseinandersetzung.

Naja, warum nun trotzdem?

Wir haben keinen Bock, uns Rassismus vorwerfen zu lassen, wenn wir sexisitische Übergriffe öffentlich machen. Wir haben den politischen Anspruch, Sexismus zu bekämpfen, um bessere Lebensräume zu schaffen.

Wir haben die Kraft und die Wut, wir re-

...Sexismus und Rassissmus

signieren nicht, da könnt ihr lange warten.

1.Obwohl auf dem vorgestrigen Plenum von sexistischen Übergriffen auf diesem Grenzcamp berichtet worden ist, wurden diese nicht in die Sexismusdiskussion miteinbezogen. So haben Männer und Frauen es geschafft, sich um die eigene Auseinandersetzung mit dem Patriarchat und dem eigenen sexistischen Verhalten zu drücken.

2.Wir kritisieren das Nichtverhalten fast aller Männer zum Thema Sexismus, daß sie es nicht als ihre Aufgabe betrachten, dazu Stellung zu beziehen.

3.Die antirassistischen Zusammenhänge spalten sich, wenn die antisexistischen Positionen kein Teil von ihnen sind.

4.Zu diesem Camp sind keine feministischen Gruppen gekommen, im Gegensatz zum letzten Jahr.

5.Erst durch das unsensible Verhalten der Anwesenden beim Delegiertenplenum sowie die akute Bedrängnis von zwei Frauen durch den Redner von The Voice beschäftigte sich das FrauenLesben-Plenum mit den Vorfällen um The Voice.

6.In diesem Zusammenhang stellen wir noch mal klar, daß vom FrauenLesben-Plenum nie eine Stellungnahme von The Voice zu den Vorfällen in Weimar gefordert worden ist. Das FrauenLesben-Plenum hat nie behauptet, daß The Voice für Fehlverhalten von Flüchtlingen Verantwortung trägt.

Es kann keine Manipulation oder Spaltungsversuche von einer antisexistischen Bewegung geben, da keine antisexistische Bewegung existiert, sondern die linke Bewegung selbst den Anspruch hat, antisexistisch zu sein.

Es ist nicht unser Anliegen, daß sich Menschen wegen ihrer Hautfarbe beobachtet fühlen. Würde ein konstanter reflektierter Umgang mit Sexismus und Rassismus stattfinden, dann würde die Situation nicht immer wieder eskalieren.

1.Hätte sich The Voice mit feministischen Positionen (z.B. Definitionsrecht der Frau, Schutzraum und Rückhalt geben, Opferschutz) genügend auseinandergesetzt, dann wüßten sie, daß es in der deutschen Linken keine antisexistische Bewegung gibt, und daß Sexismusvorwürfe nicht nur gegenüber Flüchtlingen bekannt gemacht werden. Außerdem läßt sich anhand des Ergebnisses, daß seit Jahren immer wieder sexistische Vorfälle in und um die Gruppe öffentlich gemacht werden, eine für uns nicht zufriedenstellende Auseinandersetzung mit Sexismus von The Voice erkennen. Das Konzept der von The Voice organisierten Veranstaltungen nimmt dies in Kauf.

2.Die Opfer und deren Gefühle spielen keine Rolle. Stattdessen wird jede Frau, die die Opposition ergreift, persönlich angegriffen und in die Defensive gedrängt, und es gibt keine Atmosphäre des Rückhalts für diese Frauen.

3.Es ist positiver Rassismus, daß der Redner von The Voice nicht gleichberechtigt im Vergleich zu anderen RednerInnen behandelt wird, z.B. Beitragslänge, Lautstärke und aggressives dominantes Auftreten.

Einige FrauenLesben
[03.08.2000]

Antirassistisches Grenzcamp

... Debatte zu Sexismus und Rassismus

Diskussionspapier zur Debatte um Sexismus und Rassismus ...

...auf dem dritten Antirassistischen Grenzcamp in Forst vom 3.8.00. In dieser Form vom Deli-Plenum am 4.8.00 angenommen – soll dem großen Plenum am 5.8.00 vorgestellt werden.
Am 30. 7. 2000 erhielten wir per e-mail eine Stellungnahme von „einigen Teilnehmerinnen des Antifa-Workcamps in Weimar" in der wir über einen sexistischen Vorfall auf deren Camp informiert wurden: Es kam dort zu unerwünschter, massiver verbaler Anmache, zwei Frauen wurden von einem als Flüchtling gekennzeichneten Mann in ihren Zelten bedroht. Die Darstellung bringt diesen Mann bzw. diese Männer in Zusammenhang mit der Flüchtlingsorganisation The Voice. In dem Papier wird dargestellt, daß es sich bei diesen nicht um Mitglieder von The Voice handelt, sondern um Leute, die durch The Voice auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht wurden. Die Autorinnen fordern von The Voice eine Stellungnahme, eine Auseinandersetzung mit Sexismus in ihrer Gruppe und ihrem Umfeld und fordern sie auf, „dafür zu sorgen, daß solche Übergriffe in Zukunft unmöglich werden, um auch in Zukunft gemeinsam gegen den rassistischen Staat und die rassistische Bevölkerung agieren zu können."
Sie wünschen sich „im Umgang mit The Voice [...] eine konstruktive und solidarische Kritik."
Wir haben hier auf dem Grenzcamp über diese Stellungnahme und die Ereignisse in Weimar diskutiert. An dieser Diskussion haben auch Leute von The Voice teilgenommen. Wir möchten im Folgenden hiervon berichten und Stellung beziehen.
The Voice hat in der Diskussion erneut dargestellt, daß der verantwortliche Mann nicht Mitglied ihrer Organisation ist und sie deshalb die ihnen besonders zugeschriebene Verantwortung von sich weisen und sich ungerechtfertigt angegriffen fühlen.
In unserer Diskussion war unstrittig, daß The Voice nicht die Verantwortung für das Verhalten dieses Mannes tragen kann.
Darüberhinaus sind wir der Auffassung, daß The Voice auch nicht Adressaten der oben aufgestellten Forderungen sein kann, jedenfalls nicht als besonders „zuständige". Wir halten den Versuch, ihnen eine solche spezifische Verantwortung für das Verhalten eines Nicht-Gruppenmitglieds zuzuweisen für eine Unverschämtheit. Impliziert wird dabei, daß The Voice für das Wohlverhalten von Migranten zu sorgen hat und für eine Auseinandersetzung um Sexismus von Migranten zuständig ist. Sie kollektiv als schwarze Männer in diesem Kontext in die Verantwortung nehmen zu wollen, halten wir darüberhinaus für rassistisch.
Wir sehen hinter diesen Anforderungen die Tendenz zur Ethnisierung des Problems.Sexismus wird als Eigenschaft ausländischer Männer begriffen (bzw.: nicht-deutsche Männer gelten als sexistischer als deutsche), und darum werden nicht-deutsche Männer hier zur Problembehandlung angehalten, nicht etwa wir alle oder Männer überhaupt.
Es gibt andauernd sexistische Übergriffe in Gruppen innerhalb der weißen Linken in der BRD, die - wenn sie bekannt werden – von Feministinnen scharf kritisiert werden, verbunden mit der Einforderung einer Auseinandersetzung mit Sexismus und weiteren Forderungen. Die Thematisierung eines derartigen Vorfalls an sich ist also nicht singulär oder rassistisch, sondern die Art, in der The Voice die Verantwortung für diesen Übergriff zugeschoben wird, ist rassistisch.
Wir finden es im Übrigen grundsätzlich unsinnig, von einer Organisation zu fordern, in ihrer Gruppe und ihrem Umfeld „dafür zu sorgen, daß solche Übergriffe unmöglich werden", weil das leider im realexistierenden Patriarchat nicht machbar ist, auch nicht in der radikalen Linken welche Teil davon ist.
Wir verurteilen sexistische Anmache und Übergriffe; auch The Voice hat sich dahingehend ganz klar geäußert. Wir fordern von uns und anderen ein um Eingreifen in rassistische und sexistische Praktiken bemühtes Verhalten und die Bereitschaft, sich mit Sexismus und Rassismus auseinanderzusetzen - aber eben nicht speziell von The Voice in diesem Kontext. Sexismus - auch unter Migranten - ist das Problem von The Voice nur insofern, als es unser aller Problem ist. Genauso darf aber die Thematisierung von Sexismus nicht die besondere Aufgabe von Frauen sein. Ganz im Gegenteil, die Auseinandersetzung mit Sexismus gerade von Männern darf nicht erst nach sexistischen Übergriffen einsetzen. Durch eine Auseinandersetzung sollte z.B. schon im Vorfeld eines Grenzcamps das Bewußtsein für diese Problematik geschärft werden.
Genauso halten wir nach einem Vorfall wie dem in Weimar eine besondere Sensibilität für die Situation der Opfer und ihres direkten Umfeldes für notwendig. Wenn junge Frauen an einem Ort, an dem sie sich sicher wähnten - wie eben dem AntifaCamp - so sehr angegriffen werden, daß sie sich mit einem Küchenmesser wehren müssen, so ist die Bedeutung dieser Grenzverletzung für die betroffenen Frauen nicht zu unterschätzen.
Die Autorinnen der Weimarer E-Mail machen eine Auseinandersetzung speziell von The Voice zur Voraussetzung einer weiteren Zusammenarbeit. Wir finden es schwierig, wenn nach dem Motto vorgegangen wird: Erst wenn ihr Sexismus ausschließt, können wir gemeinsam weiter gegen Rassismus arbeiten. The Voice könnte genausogut argumentieren: Erst wenn ihr Rassismus ausschließt, können wir gemeinsam gegen Sexismus kämpfen. Wir denken: So geht es nicht. Es gibt keine Priorität eines bestimmten Unterdrückungsverhältnisses. Es gibt verschiedene solche Verhältnisse, und wir sind gemeinsam aufgefordert, hierüber zu diskutieren, zu streiten und uns auch in die damit einhergehenden Widersprüche verwickeln zu lassen.
Rassismus und Sexismus dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Keines dieser Unterdrückungsverhältnisse darf zum neuen Hauptwiderspruch erklärt werden und benutzt werden, um die Auseinandersetzung mit anderen Machtstrukturen zurückzuweisen. Jede/r von uns muß aushalten, auch als Privilegierte/r in Herrschaftsverhältnissen benannt zu werden oder aufgefordert zu werden, eigene blinde Flecken zu beleuchten. Wir glauben, daß wir mit einem offenen Umgang mit Konflikten und Spaltungslinien in unserer Arbeit gewinnen, und daß Imagedenken politisch fatal ist.
Hier im Grenzcamp wird der Versuch einer gemeinsamen politischen Arbeit von deutschen Linken, FeministInnen und MigrantInnen gegen verschiedenste Herrschaftsverhältnisse unternommen.
Wir sind der Auffassung, daß eine emanzipatorische Politik die Zusammenarbeit auch über zweifelsfrei bestehende Differenzen hinweg erfordert.
Eine Basis dafür kann nur entstehen, wenn die Bereitschaft besteht, die unterschiedliche soziale Situiertheit der Beteiligten und die unterschiedliche Betroffenheit durch verschiedene Unterdrückungsverhältnisse anzuerkennen und in der Diskussion auch auszuhalten.
Dies ist sehr schwierig, aber auch alternativenlos, wenn wir uns auch eine gemeinsame Auseinandersetzung aller z.B. hier beteiligten Gruppen wünschen. Separate Organisierungen z.B. von Frauen oder von MigrantInnen sind für uns selbstverständlich. Das Ziel sollte unseres Erachtens aber sein, zu einer Umgehensweise zu kommen, die uns die Zusammenarbeit auch über bestehende Differenzen hinweg ermöglicht.

Delegiertenplenum des Grenzcamps 2000
[04.08.2000]

Antirassistisches Grenzcamp

Spendenaufruf Herz-OP für Ilhan

Anfang 1999 flohen Ilhan Çakil und seine Mutter aus der Türkei und kamen in die BRD. Der 13 - Jährige Junge leidet seit seiner Geburt an einem lebensgefährlichen Herzfehler. Aufgrund dieser Krankheit muß der Junge auf vieles verzichten. So darf er sich körperlich nicht anstrengen, keinen Sport treiben oder mit FreundInnenen herumtollen.
Darüber hinaus bekommt Ilhan regelmäßig körperliche Zusammenbrüche, er leidet häufig unter starker Übelkeit und Atemnot.
Aufgrund dieser Symptome wurde Ilhan schon mehrmals in die Notaufnahme eingeliefert. Alle Ärzte und Ärztinnen diagnostizierten ein bekanntes Herzleiden, empfahlen die notwendige Operation, weigerten sich aber aus finaziellen Gründen die Behandlung durchzuführen.
Da Ilhan und seine Mutter in der BRD nicht als Flüchtlinge anerkannt sind, ist ihre medizinische Versorgung durch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) geregelt. Nach §4 AsylbLG sind medizinische Leistungen lediglich bei „Notfällen und zur Schmerzlinderung vorgesehen". Chronische Krankheiten wie Magengeschwüre, Nierensteine, Karies und Diabetes werden grundsätzlich nicht behandelt. Auch psychotherapeutische Behandlungen für Folter- und Kriegsopfer werden in der Regel nicht finanziert.
Auch im Falle von Ilhan verweigert das Sozialamt die Kostenübernahme für die Herz-OP, obwohl er - wie oben schon erwähnt - bereits mehrfach als Notfall ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Nach seinem letzten Zusammenbruch musste Ilhan mehrere Tage in der Osnabrücker Kinderklinik bleiben. Der behandelnde Arzt erklärte nach Abschluß der Untersuchungen, dass er eine Operation für unbedingt notwendig halte, da die Lebenserwartung des Jungen ansonsten drastisch reduziert würde. Desweiteren erklärte er, dass deutsche Kinder mit einem solchen Herzfehler dauerhaft medizinisch versorgt werden, Ilhan jedoch aufgrund der Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes keine adäquate Behandlung zugestanden wird. Die einzige Möglichkeit Ilhans Gesundheitszustand dauerhaft zu stabilisieren ist eine Operation!
Mittlerweile hat sich Prof. Dr. Meyer aus der kinderkardiologischen Klinik in Bad Oeynhausen dazu bereit erklärt, die Herzoperation an Ilhan durchzuführen. Allerdings müssen alle anfallenden Kosten von der Familie selbst getragen werden. Eine erste Voruntersuchung im Juli hat ergeben, daß durch die Behandlung mit OP und Krankenhausaufenthalt Kosten in Höhe von 30.000 DM entstehen werden. Hinzu kommen Kosten für den Anwalt und DolmetscherInnen. Da die Mutter als Flüchtling keine Arbeitserlaubnis erhält und auch von staatlicher Seite keine Hilfe zu erwarten ist, ist Ilhan somit auf Spenden angewiesen.

Um die Operationskosten für Ilhan aufbringen zu können,
sind wir auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen.
SPENDEN BITTE AUF FOLGENDES KONTO:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Landessparkasse zu Oldenburg
Stichwort: „Herz-OP"
KNR.: 018 137 497
BLZ.: 280 50 100

Wenn Sie eine Spendenquittung möchten, geben Sie bitte Ihren vollständigen Namen und Adresse auf dem Überweisungsträger an, um die Ausstellung zu erleichtern.

UnterstützerInnengruppe für Ilhan Cakil

Termine:

sa 2.9. 21:00 Konzert:Superhelicopter
fr 8.9. 20:30 NutzerInnenplenum
23:00 Freiraum Party
sa 9.9. 22:00 FrauenLesbenDisco
di 12.9.22:00 all night riot 5
fr15.9. 21:00 crush hour concerts:
Fuse And + D'n'B-Party
sa 16.9. 22:00 Männerfabrik
do 21.9. 21:00 crush hour concerts:
Confused & Gentle Veincut
sa 23.9. 22:00 LesBiSchwule Mottoparty
fr 29.9. 22:00 Klangquelle
sa 30.9. 22:00 Rosa Disco

fr 6.10. 22:00 Freiraum Party
sa 7.10. 22:00 Homophilias

regelmäßige Termine:

mo 18:00 Crush Hour Concerts
mo 20:30 Antifa-Cafe
do 17:00 Jugendcafe Kaluppe
do 18:00 Infoladen & Archiv
do 21:00 Rechtshilfe
1.di/monat anti AKW-Treffen
der unorganisierten
2.fr/monat 20.30
Nutzerinnenplenum

zeitung und programm september

Alhambra 2000